

SYM

www.ev-akademie-boll.de

März 2019

1





Liebe Leserin, lieber Leser,

die Zukunft der Demokratie, die Bedeutung Europas, die Entwicklung in Südamerika, aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, der Klimawandel – die Herausforderungen unserer Tage liegen auf der Hand. Zunehmend mehr Menschen fragen nach dem, was ein »Gutes Leben« ausmacht. Dabei, so der bekannte Soziologe Hartmut Rosa in seinem Buch »Resonanz. Die Soziologie einer Weltbeziehung«, werde die Frage nach dem guten Leben zunehmend mehr privatisiert und tabuisiert. Hartmut Rosa: »Was ein gutes Leben ist, muss jeder für sich selbst entscheiden, lautet eine Binsenweisheit, die zur Erziehungsmaxime selbst der Erziehungsinstitutionen wurde« (H. Rosa, Resonanz. Die Soziologie einer Weltbeziehung, Berlin 2016, S. 18). Hartmut Rosa unternimmt mit seinem Werk den Versuch, die Frage zu beantworten, wie das gute Leben aus der Privatisierungsfalle herauszuholen und zu einer objektivierbaren Größe zu machen sei, auf die sich jeder vernünftig denkende Mensch beziehen kann.

Den gleichen und dann auch erfolgreichen Versuch hat die Weltgemeinschaft vor nun mehr als 70 Jahren gemacht, als sie die Allgemeinen Menschenrechte erklärt und in den politischen wie auch in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten niedergelegt hat, was ein gutes Leben in Freiheit ausmacht. Die Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte war eine Sternstunde der Weltgeschichte!

Was Hartmut Rosa als Privatisierung des »Guten Lebens« bezeichnet, ereilte auch die Menschenrechte in der Zeit des Kalten Krieges: Während sich die Westmächte die politischen Menschenrechte zu eigen machten, pochten die Ostmächte auf die Bedeutung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte. Die Privatisierung der Menschenrechte hat in der gegenwärtigen Situation eine neue Dimension angenommen: Die Menschenrechte werden den nationalen Belangen untergeordnet; aus Rechten, die Freiheit sichern sowie die Befähigung zur Freiheit fördern sollen, werden Rechte, die in die Freiheit der nationalstaatlichen Regulierung

gestellt werden: Das Interview mit Leonardo Pascuti (S. 9f.) zur Situation in Brasilien zeigt, wie die national-konservative Regierung unter Präsident Bolsonaro die gleichen und unveräußerlichen Teilhaberechte für alle Menschen einer neo-liberalen Politik unterwirft. Erschreckend ist dabei, dass die neocharismatischen Pfingstkirchen in Brasilien mit ihrer äußerst konservativen Ausrichtung zur Gehilfin einer nationalistischen Politik werden.

Es gibt aber auch wirkungsvolle Bewegungen, die beim Kampf um Menschenrechte erste Erfolge haben: Carola Hausotter berichtet (S. 8f.), wie sich in Mexiko unter dem neuen Präsidenten und mit Hilfe der Menschenrechtsorganisationen die Situation zu ändern beginnt. Das sind Zeichen der Hoffnung in einem von Korruption und Gewalt gezeichneten Land! Menschenrechte sind eben nicht etwas, was man »auch« noch beachten könnte, wenn denn endlich Frieden herrscht – ihre Verwirklichung muss auf der Agenda ganz oben stehen. Wo Menschenrechte verwirklicht werden, beginnt das »Gute Leben« – und damit wird Gewaltausbrüchen vorgebeugt, wie Joachim Rücker in seinem Beitrag (S. 14f.) belegt. Weitere Beiträge zur Menschenrechtstradition in China (S. 12f.), zur Rolle der Wirtschaft im Menschenrechtsdiskurs (S. 30) sowie eine Meditation zu den Kinderrechten machen diese Ausgabe des SYM zu einem Heft, das sich die Privatisierung des »Guten Lebens« nicht zu eigen macht, sondern an eine der besten Errungenschaften der Menschheit erinnert – eben an die Menschenrechte als Krone der menschlichen Freiheit. Ich wünsche Ihnen in diesem Sinne anregende Lesestunden, und selbstverständlich freuen wir uns auch auf Ihre Reaktion!

Akademiedirektor Prof. Dr. Jörg Hübner

Jörg Hübner

4

Aktuell ...

- Neujahrsempfang mit Staatsministerin Annette Widmann-Mauz
- Akademiepreis zum dritten Mal ausgelobt
- Ökumenisches Institut für Friedenstheologie gegründet

6

Akademiegeschichte

Märchen und Menschenrechte

7

Kunst

Ausstellung KUNST von Sibylle Burr

20

Vorschau

Tagungen vom 5. März bis 31. Juli 2019



8

Schwerpunkt: Menschenrechte – Menschenwürde

Menschenrechte in Lateinamerika: Hoffnungen in Mexiko und Befürchtungen in Brasilien
Von Carola Hausotter und Leonardo Pascuti

Menschenrechte und konfuzianisches Denken
Von Dr. Henrik Jäger

Internationale Menschenrechtsarbeit heute
Von Dr. Joachim Rücker

Digitalisierte Menschenwürde?
Von Prof. Dr. Joachim Fetzer

Scheitern nicht ausgeschlossen. Demokratie und Menschenrechte als Fundamente unserer Freiheit
Von Dr. Daniel Roth

Titelbild

Festung Europa: Wartende Flüchtlinge am Checkpoint Idomeni an der mazedonisch-griechischen Grenze
Foto:
Picture alliance/imageBROKER/Florian Bachmeier

26

Aus der Akademie

- Vergebungsbitte bei der Lesbentagung durch Prälatin Gabriele Arnold
- Tagung mit Angehörigen von Opfern des gewalt-samen Verschwinden-las-sens in Mexiko
- Neu in der Akademie
Johanna Haas

28

Publikationen

- Publikationen
- Onlinedokumente

29

Verlosung Impressum

30

Kommentar

Die Verteidigung der Menschenrechte: international denken – national handeln

31

Meditation

Kinder haben Rechte.
Von Martina Waiblinger



»Integration ist eine Entscheidung!« Widmann-Mauz beim Neujahrsempfang

»Vielfalt macht unser Land stark.« Davon zeigte sich Staatsministerin Annette Widmann-Mauz beim Neujahrsempfang am 20. Januar 2019 überzeugt. Entsprechend hatte sie ihren Festvortrag unter die Überschrift »Integration ist eine Entscheidung! Ein Plädoyer für Vielfalt und Zusammenhalt in unserem Land« gestellt. »Heute leben wir in einem vielfältigen Deutschland, das Menschen verschiedenster Herkunft ihre Heimat nennen«, sagte

Musikerinnen und Musiker der Ziryab-Akademie sorgten unter der Leitung des Gitarristen und Komponisten Zaza Mimosnshvili mit ihrer Weltmusik für die festliche Umrahmung des Neujahrsempfangs der Evangelischen Akademie Bad Boll. Annette Widmann-Mauz ist seit März 2018 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Sie hielt am 20. Januar die Neujahrsansprache.

Widmann-Mauz. Dass Migration der Normalfall in Deutschland sei, zeigte die Geschichte, sagte sie und erinnerte an die Einwanderung von Hugenotten im 17. Jahrhundert, an die Ruhr-Polen im 19. Jahrhundert, an die Millionen Gastarbeiter aus der Türkei und aus Südeuropa, sowie die 4,5 Millionen Aussiedler und Spät-Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Seit der Wiedervereinigung erlebe Deutschland außerdem eine Einwanderung aus den EU-Staaten mit jährlich rund 900.000 Zuzügen. »2015 und 2016 kamen in einer Ausnahme-Situation viele Flüchtlinge«, sagte Widmann-Mauz. 2015 habe es 477.000 Asyl-Anträge gegeben, 2016 dann 746.000. Die Zahlen seien aber stark zurückgegangen. Seit 2017 stellten deutschlandweit rund 12.000 Menschen im Monat einen Asylantrag. »Die Einwanderung der vergangenen Jahrzehnte hat das Staatswesen gestärkt. Wirtschaft, Sozialversicherungen und Gesellschaft haben langfristig profitiert«, stellte Widmann-Mauz fest.

Von den Problemen, Rückschlägen und Hürden, die es zweifellos gebe, solle man sich aber nicht



Märchen und Menschenrechte

Brigitte Furche, Studienleiterin in Bad Boll von 1990 bis 2010 hat 2005 eine Tagung zum Thema »Märchen und Menschenrechte« angeboten. Es wurde eine kleine Dokumentation erstellt, aus der wir einige Auszüge veröffentlichen.

Märchen und Menschenrechte verbindet auf den ersten Blick nur der Anfangsbuchstabe M. Menschenrechte sind abstrakte, rational begründete Prinzipien, die weltweit das äußere Zusammenleben der Menschen regeln sollen, während es sich bei Märchen um gefühlsbezogene Wundergeschichten mit vieldeutigen, mehr nach Innen gerichteten Sinnbildern handelt. Es gibt jedoch auch Gemeinsamkeiten, die Märchen und Menschenrechte teilen:

- Beide haben ein gemeinsames Ziel: Die Befreiung von den Fesseln, die eine menschenwürdige Entwicklung in gerechter Ordnung und ein für alle gleiches System von Grundfreiheiten verhindern. Neben dem Freiheits- und Selbstbestimmungsgedanken spielen hier wie da Gerechtigkeit und Solidarität mit den Schwachen eine zentrale Rolle.
- Beide ergänzen sich in ihrer Unterschiedlichkeit. Denn, was die Menschenrechte anbetrifft, so haben sie künftig weltweit nur dann eine Chance verwirklicht zu werden, wenn sie »von unten« oder besser vom konkreten Erleben des Einzelnen erneuert werden im Sinne einer Menschenrechtsbildung von der Basis aus. Das kann mit und durch Geschichten und Märchen geschehen.

Traditionelle Geschichten und Menschenrechte ergänzen sich. Die Märchen erzählen, wie man aus einem Zustand der Unterdrückung, Not, Armut, Isolierung und Entfremdung, in dem Ungerechtigkeit, Gewalt und Zerstörung vorherrschen, zur Befreiung, zum Frieden und zum Glück kommen kann. In den 30 Artikeln der Menschenrechtserklärung geht es um folgende Prinzipien und Ideale: Freiheit, Gerechtigkeit, Respekt, Solidarität, Sicherheit, Friede,

Eigentum. Vielfalt, Umweltschutz. Die Annäherung an diese Ideale setzt die Überwindung ihrer negativen Pole voraus: Es geht immer um das Ideal und sein Gegenteil: Freiheit – Unterdrückung; Gerechtigkeit – Ungerechtigkeit; Respekt – Rassismus, Sexismus; Sicherheit – Gewalt; Friede – Zerstörung; Eigentum – Habgier; Vielfalt – Enge; Umweltschutz – Umweltzerstörung.

Zum Beispiel Benin:

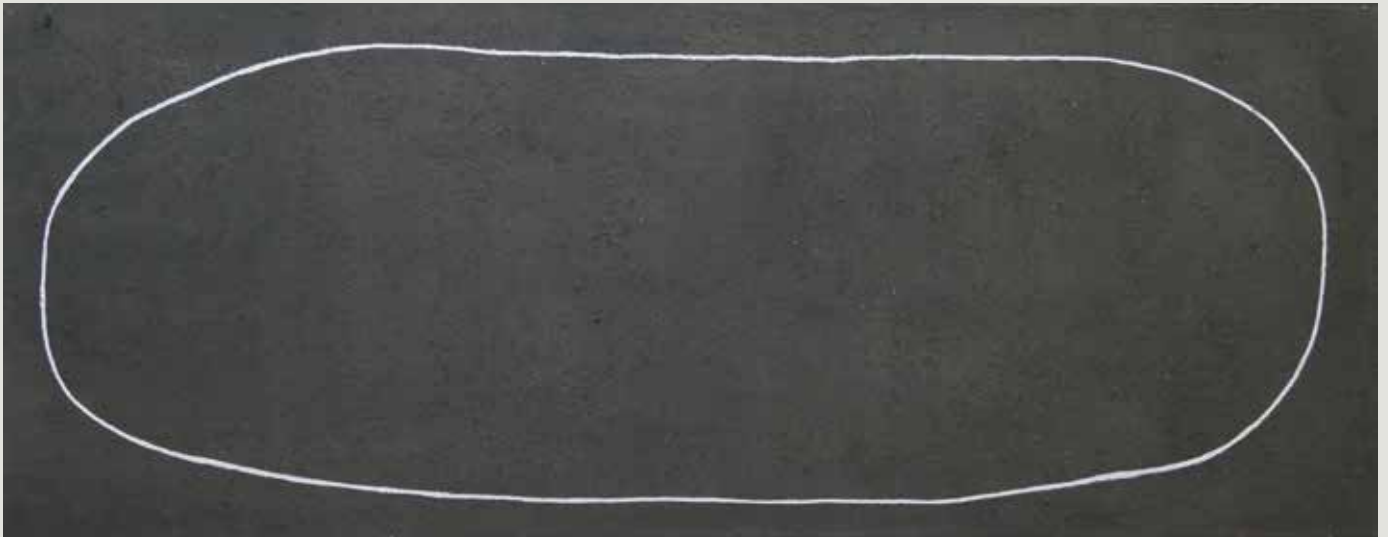
Die Präambel der Menschen- und Völkerrechtscharta Afrikas, die sogenannte »Banjul-Charta« von 1986 enthält eine Verpflichtung, die Traditionen, Werte und Geschichten Afrikas zu berücksichtigen. Der Märchenforscher und Erzähler Mensah Wekonon Tokponto hat berichtet, wie die Märchen der Fon in seiner Heimat Benin mit den Prinzipien der Menschenrechte zusammenhängen. Gerechtigkeit wird in den mündlich überlieferten Märchen Benins häufig thematisiert. Die Märchen greifen ein Thema auf, um ein Unrecht gegenüber einem schwachen oder wehrlosen Märchenhelden wiedergutzumachen, der Unterdrückung, Diskriminierung, Entwürdigung, Sklaverei, Folter, oder Willkür, Tyrannei, Undankbarkeit, u.a. seitens eines mächtigeren Helden erleiden musste. Die Strafe in den Märchen gilt als Wiederherstellung der Gerechtigkeit. Dem Opfer helfen meist außerirdische und wunderbare Kräfte und führen es zu großem Glück.

Ein Beispiel für ausgleichende Gerechtigkeit bietet das Fon-Märchen mit dem Titel »Das Waisenmädchen und die Stiefmutter«:

Die Geschichte beginnt nicht mit der Formel – »Es war einmal«, sondern damit, dass der Erzähler hin und her springt und sich auf den Schoß eines der Zuhörer setzt und dabei sagt: Das Mädchen springt hin und her und setzt sich schließlich auf ein merkwürdiges Kind. ... In dieser westafrikanischen Variante des Aschenputtels muss sich das arme

Mädchen untertänig zeigen, um nach dem Tod seiner Mutter und seines Vaters im Haus der Stiefmutter weiterleben zu können. Es muss ständig schwierige Aufgaben lösen, die ihm von der Stiefmutter gestellt werden. Den Haushalt hat es alleine zu erledigen – Geschirrspülen, den Hof kehren, kochen, morgens und abends Wasser aus einem weit entfernten Brunnen holen. Trotz seines Fleißes, seiner Selbstaufopferung und Hilfsbereitschaft wünscht die Stiefmutter den Tod der Stieftochter und stellt eine unlösbare Aufgabe: Das Mädchen muss an einem Fluss einen pechschwarzen Indigo-Stoff so lange waschen, bis er so weiß ist wie weiße Porzellanerde. Sollte es das Mädchen nicht schaffen, darf es nicht nach Hause zurückkehren. Auf der Strecke zum Fluss leben wilde Tiere, die kein Erbarmen mit menschlichen Wesen haben. Das weiß die Stiefmutter sehr genau und rechnet mit dem Tod des Mädchens. Aber dieses löst die Aufgabe, gelangt dank wunderbarer Helfer zum Fluss und kommt heil nach Hause. Das Märchen endet mit dem Tod der lieblichen Tochter der Stiefmutter, die sie auch auf die Suche nach dem Glück geschickt hatte und die von den wilden Tieren gefressen wird. In diesem Märchen wie in vielen anderen bleibt die Ungerechtigkeit nicht ungestraft. Oft ist es das »Schlaue« oder »Merkwürdige«, das in vielen afrikanischen Märchen die Ungerechtigkeit von Königen, Häuptlingen oder Dorfältesten bekämpft, die ihre Macht missbrauchen. Etliche Märchen zeigen, wie manche Könige ihren Untertanen verbieten, schlauer als sie zu sein, was ein Verstoß gegen das freie Denken und somit gegen die Meinungsfreiheit ist. Die Bestrafung stößt in vielen afrikanischen Märchen auf großen Beifall seitens der Zuhörer.

Märchen und Menschenrechte. Auf der Suche nach gewachsenen Grundwerten und Menschenrechten in traditionellen Geschichten. Zusammenfassung der Beiträge einer Tagung vom 10.–13.2.2005; siehe auch S. 28



AllEin / memorizing Marcel Duchamp, Acryl auf Asche, 1999

Ausstellung KUNST von Sibylle Burr

Mit der in Göppingen tätigen Künstlerin Sibylle Burr präsentiert die Akademie Arbeiten, die sich an der Konzeptkunst Marcel Duchamps orientieren und greift damit Impulse der Stuttgarter Ausstellung »Marcel Duchamp 100 Fragen. 100 Antworten« auf. Sibylle Burr versteht Gebilde der Kunst ebenso wie Formen der Natur als Manifestationen fraktaler Ordnungsstrukturen des Lebens. Als Biologin und Naturwissenschaftlerin setzt sie sich mit Formbildungsprozessen auseinander, die Leben und Aufbau einer Zelle ebenso bestimmen wie die Schwarmbildung von Tieren oder die Entfaltung von Pflanzen. Indem die Künstlerin durch ihr Tun, in künstlerischen Medien und situativen Aktionen, auf solche Prozesse aufmerksam macht, öffnet sie gleichsam Fenster, die auch zur kreativen Neugestaltung gesellschaftlicher Wirklichkeit anregen können. Hier spielt für sie die Idee der »sozialen Skulptur« von Joseph Beuys eine zentrale Rolle. Sie konkretisiert sich unter anderem in einem Langzeitprojekt der Künstlerin zum Thema »Menschenrechte«, das eine wichtige Position in der Ausstellung einnehmen wird.

Hans-Ulrich Gehring

Fragen

Ist Kunst natürlich oder leben wir in einer künstlichen Natur?
 Ist die Unterseite eines Polsterkissens das Fenster in eine andere Welt?
 War Ihr Hochzeitskleid aus Spitze?
 Ist Ihnen das Rätsel der Quadratur des Kreises schon einmal im Traum erschienen?
 Ist das Gesetz der allgemeinen Diffusion in menschlichen Gesellschaften aufgehoben?
 Ist Kunst die Lösung unserer Probleme?
 Kann Laufen im Kreis Kunst kreieren?
 Sind Künstler die besseren Naturwissenschaftler?
 Kann Menschenwürde keimen?
 Wie viele Arten gibt es im Multiversum?
 ...
 Solche und ähnliche Fragen stellt Sibylle Burr in ihrer Ausstellung KUNST. Gezeigt werden Bilder, Installationen, Filme und eine Performance. Kommen Sie, nehmen Sie Teil, stellen Sie Fragen, äußern Sie Ihre Meinung...

Sibylle Burr

Vernissage: Sonntag, 26. Mai 2019, 15–17 Uhr,
 Festsaal der Evangelischen Akademie Bad Boll
 Leitung: Prof. Dr. Hans-Ulrich Gehring
 Informationen: Jacqueline Detzel, Tel. 07164 79-307
jacqueline.detzel@ev-akademie-boll.de
 Fabia Spachmann, Tel. 07164 79-316
fabia.spachmann@ev-akademie-boll.de
 Dauer der Ausstellung: 26. Mai bis 14. Juli 2019

Vita

1952 geboren als manmaderea-
 dymade in Mannheim
 1971-78 Studium der Biologie
 und Anglistik in Tübingen und
 Leeds (GB)
 1991-95 Studium Freie Graphik
 und Malerei, Freie Kunstschule
 Stuttgart/
 Akademie Art und Design
 1995 Gründung Fraktal Verlag
 Seit 1994 Publikation und Pro-
 jektarbeit unter dem Namen,
 Fraktale Ordnung und Kunst,
 Projektleitungen »crossing
 borders« (2005, Stuttgart/Card-
 diff) und
 »Sibyllen« (2008, Ulm)
 Artist residency in Peking
 (2009) und Grobnik, Kroatien
 (2012)
 2010-2019 Interaktive Projekt-
 arbeit zum Thema, »Menschen-
 würde«
 2016/2017 Reiseprojekt, »west-
 waerts«

Einzel- und Gruppenaus-
 stellungen, Performances und
 Filmprojekte.

Sibylle Burr ist u. a. Mitglied
 des Verbandes Bildender
 Künstlerinnen und Künstler
 in Baden-Württemberg e.V.
 (VBKW) und engagiert sich für
 faire kulturelle und ökonomische
 Arbeitsbedingungen
 von Künstler_innen.

Menschenrechte in Lateinamerika



Hoffnung für Mexiko

Von Dr. Carola Hausotter

Mexiko durchlebte in der Zeit zwischen 2006 und 2018 eine der tiefsten Krisen der Menschenrechte in der Geschichte des Landes. Im Jahr 2006 rief der damalige Präsident Calderón den sogenannten »Krieg gegen die Drogen« aus. Es folgte eine massive Militarisierung und Verstärkung der Polizeikräfte in vielen Teilen des Landes. Die Sicherheitskräfte trugen maßgeblich zur Verschlechterung der Menschenrechtssituation bei. Seit 2006 nahm die Zahl der Opfer von Verschwindenlassen, Folter und außergerichtlichen Hinrichtungen in Mexiko erheblich zu. Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen werden bis heute bedroht, kriminalisiert, gewaltsam zum Schweigen gebracht oder getötet. Über 40.000 Menschen sind offiziell als »verschwunden« registriert. Die Identifizierung der Opfer von hunderten von Massengräbern steht erst noch bevor.

Demonstration in Mexiko gegen Gewalt durch Staat und Polizei. Auf dem Plakat steht »Mörder«.

Dies zeigt: Zentrale Normen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wie das Recht auf Leben (Art. 3) und das Verbot der Folter (Art. 5) werden in Mexiko in erheblichem Ausmaß verletzt. Die Täter werden jedoch nicht zur Rechenschaft gezogen. Eines der gravierendsten strukturellen Probleme des Landes ist die Straflosigkeit: Über 98% der Verbrechen werden nicht geahndet. Opfer und nationale Menschenrechtszentren mahnen die Verbrechen vor Institutionen der Vereinten Nationen an und wenden sich an internationale Menschenrechtsorganisationen. In Deutschland gehören beispielsweise die 15 Mitgliedsorganisationen der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko zum internationalen Unterstützerkreis (www.mexiko-koordination.de).

Verfolgt wird die Strategie, die nationalen Konflikte international sichtbar zu machen. Besondere Wirkung hatte dies im Fall des Verschwindenlassens von 43

Studenten der indigenen Lehramtsuniversität »Ayotzinapa« im Bundesstaat Guerrero im Jahr 2014. Ein internationales Expertengremium untersuchte ihn mit Mandat der Interamerikanischen Menschenrechtskommission. Sie konnten den Fall zwar nicht lösen, beeinflusste ihn aber nachhaltig mit ihren Berichten über den genauen Verlauf und den Hintergrund der Tat.

Nicht nur in diesem Fall nahmen die Familienangehörigen eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Reparationen in Fällen von Verschwindenlassen ein. Durch den Druck der Familien wurde im Jahr 2017 ein Gesetz gegen das Verschwindenlassen verabschiedet. Die alte Regierung verzögerte jedoch die darin vorgesehene technische, personelle und finanzielle Ausstattung der Gremien, die das Gesetz umsetzen sollten. Um das Verbrechen nachhaltig zu bekämpfen, bedarf es dringend einer stringenteren Implementierung des Gesetzes.

Andrés Manuel López Obrador trat am 1. Dezember 2018 sein Amt als Präsident mit dem Versprechen an, das Land aus der Gewalt herauszuführen und einen Befriedigungsprozess einzuleiten. Die Anerkennung der Dimension der Menschenrechtsverletzungen war ein erster wichtiger Schritt des neuen Präsidenten. Noch im Dezember 2018 folgte die Umsetzung einer weiteren Forderung von Menschenrechtsorganisationen, und es wurden 16 politische Gefangene aus dem Gefängnis entlassen. Außerdem ließ López Obrador unmittelbar nach seinem Amtsantritt per Dekret eine Wahrheitskommission zur Aufklärung des Falles der verschwundenen Studenten von Ayotzinapa einrichten.

Zugleich ringt die neue Regierung darum, welche Sicherheitsstrategie

Hoffnung und Befürchtungen

sie angesichts der massiven Gewalt im Land einschlagen soll. Die Organisierte Kriminalität konnte in den vergangenen Jahren ihren Machbereich ausbauen. Korruption ist eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme, das es zu bekämpfen gilt. Diskutiert wird, inwieweit bei der Neuordnung der sicherheitspolitischen Aufgaben auf das Militär zurückgegriffen werden soll. Anfang 2019 sprach sich die Abgeordnetenkammer des Kongresses dafür aus, eine Nationalgarde »Guardia Nacional« einzusetzen, die sich zum Großteil aus Militärs zusammensetzen soll. Da der Einsatz von militärischen Sicherheitskräften seit 2006 zu einem Anstieg der Menschenrechtsverletzungen beitrug, plädieren nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen dafür, das Militär von den innerstaatlichen Aufgaben abzuziehen. Vielmehr sollten zivile Institutionen aufgebaut und gestärkt werden.

Unterstützt werden diese Forderungen von zahlreichen Institutionen der Vereinten Nationen: Ihre Argumentationsbasis sind die internationalen Vereinbarungen. Mexiko ist Vertragspartei aller zentralen Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen – in den kommenden Jahren wird sich der neue Präsident an der Umsetzung der Inhalte dieser Abkommen messen lassen müssen.



Dr. Carola Hausotter, Koordinatorin der Deutschen Menschenrechts-Koordination Mexiko



Befürchtungen für Brasilien

Demonstration verschiedener ethnischer indigener Gruppen am 31.1.2019 in San Paulo gegen die Politik des neuen Präsidenten, die sich gegen die Indigenen richtet.

Interview von Martina Waiblinger mit Leonardo Pascuti

Hat Brasilien ein Widerstandspotential?

Genau, das würde ich sagen. Brasilien hatte von 1964 bis 1985 eine Diktatur. Das war die längste Diktatur in Lateinamerika. In Brasilien haben aber immer wieder verschiedene Bewegungen für Menschenrechte und gegen Diktatur gekämpft. Wir können auf eine lange Geschichte von friedlichem Widerstand gegen die Diktatur blicken.

Warum ist die brasilianische Gesellschaft für die Parolen von Bolsonaro so empfänglich? Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Zum einen gibt es Rechtsregierungen und rechtsextreme Gruppen ja nicht nur in Brasilien, sondern auch in anderen Ländern Lateinamerikas und Europas. Das ist keine brasilianische Besonderheit. Bezüglich Brasilien können wir als einen Grund sicher die Wirtschaftskrise nennen.

Sie hatte mit der Korruptionskrise der Partei von Lula da Silva und von Dilma Rousseff zu tun. In dieser Partei gab es tatsächlich große Korruptionsfälle – und keinerlei Selbstkritik.

Hat die Regierung von Bolsonaro populistische und faschistische Züge?

Faschistisch würde ich nicht sagen. Es ist kompliziert. Als Historiker versuche ich, eine komparatistische Methode zu verwenden. Ein Vergleich zwischen dem europäischen Faschismus und dem brasilianischen Faschismus ist schwierig. Trotzdem kann man sagen: Die Bolsonaro-Regierung ist ausgesprochen nationalistisch und moralisch-konservativ. Wirtschaftlich ist sie dagegen sehr liberal – man kann da Merkmale erkennen, wie wir sie momentan auch in den USA finden. Donald Trump ist auch sehr liberal, aber antiglobalistisch, und Bolsonaro ist mit Donald Trump da

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Wo stehen wir heute? Tagung vom 14.-15. Dezember 2019

Das Jubiläum der »Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte« (AEMR) war Anlass, auf die konkrete Menschenrechtssituation in verschiedenen kulturellen Kontexten einzugehen. Wir untersuchten, wie sich aus heutiger Sicht die Umsetzung der Inhalte des historischen Vertragswerks in unterschiedlichen Ländern bewerten lässt. Zunächst ging es um die Ausbeutung von Mensch und Natur in Afrika. Auch wenn man in den letzten Jahren gewisse Fortschritte erkennen kann, findet man hier keine menschenrechtskonformen Entwicklungsmodelle. Parallel wurden die jüngsten, deutlich erkennbaren Rückschritte in Lateinamerika analysiert. Menschenrechte werden oft indirekt verletzt. Dies wurde beim Staatsinsolvenz und Unternehmensverantwortung thematisiert. Die Folge von asymmetrischen Beziehungen in Verhandlungen führen oft zu Politiken, die der AEMR widersprechen. Griechenland ist dabei kein Sonderfall. Zum Schluss ging es auch um das Recht auf Informationsfreiheit, das durch Fake-News und unfaire Kampagnen in den sozialen Medien in Frage gestellt wird. Im Ergebnis haben die Teilnehmenden eine Balance zwischen Fortschritten und Rückschritten festgestellt. Um die Ziele der AEMR zu erreichen, braucht es noch gewaltige Anstrengungen. Andrés Musacchio, Studienleiter

ziemlich auf einer Linie. Wir haben gesehen, wie begeistert die Leute brasilianische Fahnen auf den Straßen in Brasilien geschwungen haben. Das Thema Bolsonaros war: Brasilien ist überall und Gott über allem. Das ist sehr moralisch und mit einer neucharismatischen Bewegung verknüpft, die in den letzten zwanzig Jahren in Brasilien erstarkt und mit der Bolsonaro-Regierung fest verbunden ist.

Wie ist das mit den Menschenrechten? Das neue Menschenrechtsministerium wird von Damares Alves geführt, die auch zur neucharismatischen Kirche gehört und sehr konservativ ist. Sie hat in den letzten Monaten stark gegen die progressive Bewegung in Brasilien polemisiert. Sie hat gesagt, dass die Zeit der neucharismatischen Bewegung angebrochen sei, die Brasilien regiere und dass jetzt Jungen wieder blau und Mädchen rosa tragen würden. Das klingt fast ironisch – ist es aber nicht.

In welchen Bereichen richtet sich die Politik gegen die Menschenrechte? Ein Bereich ist Amazonien und die dort lebende indigene Bevölkerung des Reservats Raposo Serra do Sol, die lange Jahre um den Schutz ihres Gebiets gekämpft hat. 2005 wurde ihnen dieser Schutz von Präsident Lula da Silva bestätigt. Der neue Präsident möchte daran rütteln. Dieser neue Liberalismus ist für die indigene Bevölkerung und ihre Rechte eine Bedrohung. Ein anderer Punkt sind Homosexuelle und Transsexuelle. Viele haben Angst vor Anfeindungen und Angriffen, die von Anhängern des Präsidenten ausgehen.

Der Gegenwind betrifft auch Schwarze, die der Präsident wie Schwule und Frauen mit abfälligen Bemerkungen diskriminiert. In der Zeit der Lula- und der Dilma-Regierung



Leonardo Pascuti ist Doktorand und Dozent an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

waren große Fortschritte zu verzeichnen – es wurden zum Beispiel Quoten für Schwarze an den Universitäten eingeführt. Brasilien hat eine starke schwarze Bewegung, die Verbesserungen in der brasilianischen Gesellschaft erkämpft hat. Bolsonaro ist erst seit dem 1. Januar Präsident Brasiliens. Wenn wir fragen: Wo stehen wir heute, muss ich sagen: Es sieht nicht so gut aus, und die einzige Hoffnung besteht in der Opposition, die sagt, wir müssen alles daran setzen, dass Bolsonaro die Gesetze akzeptiert. Viele Brasilianer klingen nicht sehr optimistisch.

Etwas anderes wird momentan im Justizministerium sichtbar. Der neue Justizminister in Brasilien ist der Untersuchungsrichter von Lula. Das ist politisch interessant. Man kann zwar nicht sagen, dass es eine Beziehung gibt zwischen diesem Minister und der Zeit von Lula gibt – dennoch erwartet man aus moralischer Sicht viel von Justizminister Moro.

Fehlt der brasilianischen Gesellschaft die Aufarbeitung der Militärdiktatur oder eine Wahrheitskommission wie in Argentinien oder Chile? Eigentlich hatte auch Brasilien eine Wahrheitskommission. Die Wahrheitskommissionen in Argentinien und in Chile kamen kurz vor Ende der Diktaturen. In Brasilien kam sie erst 2014. Gegen die Diktatur in Brasilien und für die Menschenrechte entwickelten sich starke Kräfte. Ich nenne zum Beispiel die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, eine Kommission der Katholischen Kirche seit 1972. Auch andere Kommissionen sind entstanden, aber eine echte, staatliche Wahrheitskommission gab es erst 2014. Es ist richtig, dass von unserer ersten demokratischen Wahl nach der Diktatur 1989 bis zu der Gründung der Wahrheitskommission eine sehr lange Zeit vergangen ist. Die große Initiative gegen die Diktatur und für eine Wahrheitskommission wurde während der Regierungszeit von Dilma Rousseff initiiert, die selbst ein Opfer der Diktatur war und in den 70er Jahren gefoltert wurde.



Faires Agieren deutscher Unternehmen im Ausland? Alles nur freiwillig.

Seit dem Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza in Bangladesch im Frühjahr 2013, bei dem 1.100 Menschen gestorben sind, werden die Zustände bei den Wertschöpfungsketten und Zulieferern in der Textilbranche verstärkt diskutiert. Es ist beschämend, dass eine deutsche Firma wie KIK, die dort viel Geld verdient, bis heute keine Entschädigungen gezahlt hat und sich dabei auf die pakistanische Rechtsprechung beruft. Im Oktober 2018 hat der Sozialausschuss der Vereinten Nationen (UN) seinen Abschlussbericht über die Einhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte durch die Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht. Der Ausschuss kritisiert darin die »ausschließlich freiwillige Natur der menschenrechtlichen Sorgfalt«, wie sie im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte beschrieben wird. Deutschland

solle gesetzlich sicherstellen, dass Unternehmen die Menschenrechte in Auslandsgeschäften achten und für Verstöße haftbar gemacht werden können. Auch in der Agrar-, Handels-, Investitions-, Klima- und Finanzpolitik monierte der Ausschuss die mangelnde Berücksichtigung der Menschenrechte durch die Bundesregierung. Aus einem Bericht bei »Internationale Politik und Gesellschaft«, siehe: <https://bit.ly/2GzvomN>. Foto: Angehörige der Verschütteten suchen nach ihren Verwandten.

Straße der Menschenrechte – Nürnberg

27 Betonpfeiler, jeder 8 Meter hoch – die »Straße der Menschenrechte« säumt die Straße vom Kornmarkt zur Stadtmauer. In jedem ist ein Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in deutscher sowie in jeweils einer anderen Sprache eingemeißelt. Mit dem begehbaren Kunstwerk hat der israelische Künstler Dani Karavan nicht nur das Stadtbild Nürnbergs verändert, sondern auch das Bewusstsein der Stadt für ihre Vergangenheit geschärft. Das Siegerkonzept aus einem städtebaulichen Wettbewerb war die Initialzündung für eine verantwortungsvolle politische und gesellschaftliche Ausrichtung Nürnbergs. Aus der Stadt der Reichsparteitage und der Rassengesetze sollte eine Stadt der Menschenrechte werden. Die »Straße der Menschenrechte« wurde 1993 feierlich eröffnet, und seit 1995 wird alle zwei Jahre der »Menschenrechtspreis der Stadt Nürnberg« verliehen. 2017 ging er an die Gruppe »Caesar« für ihren Mut, die systematische Folter und die Massenmorde in Syrien an die Weltöffentlichkeit zu bringen. Eine Broschüre zum 20-jährigen Jubiläum kann hier heruntergeladen werden: <https://bit.ly/2GVT3gy>

Alternativer Nobelpreis – Right Livelihood Award

Der Right Livelihood Award, wie der Alternative Nobelpreis eigentlich heißt, geht an Menschen und Organisationen, die sich beispielhaft für eine nachhaltige und menschenwürdige Welt engagieren. Die Idee dazu hatte der ehemalige Europa-Abgeordnete Jakob von Uexküll (siehe Foto) in den 1970er-Jahren. Damals reiste er um die Welt und sah viel Armut und Umweltzerstörung. Sein Vorschlag an das Nobelkomitee, auch einen Preis für Umwelt und Entwicklung zu vergeben, wurde abgelehnt. Von Uexküll verkaufte seine exklusive Briefmarkensammlung und gründete von dem Erlös von über einer Million US-Dollar die Stiftung für Richtige Lebensführung, die bis heute den Alternativen Nobelpreis vergibt. Seit 1980 wurden zahlreiche Menschen und Initiativen ausgezeichnet. 2018 ging der Preis nach Guatemala, Niger, Australien und erstmals nach Saudi-Arabien. **Den undotierten Ehrenpreis** erhielten die Juristen Thelma Aldana und Ivan Velásquez. Die Korruptionsjäger nehmen unerschrocken die wirtschaftliche und politische Elite im von Korruption geplagten Guatemala aufs Korn. Sie brachten unter anderem den früheren Präsidenten Otto Perez Molina zu Fall. **Die mit je rund 96.000 Euro dotierten Geldpreise** gingen an den Bauern Yacouba Sawadogo aus Burkina Faso und den Australier Tony Rinaudo. Beide setzen sich dafür ein, dass dürres, unfruchtbares Land in Afrika landwirtschaftlich genutzt werden kann. **Erstmals wurden Menschenrechtskämpfer aus Saudi-Arabien ausgezeichnet:** Abdullah al-Hamid, Mohammed Fahad al-Kahtani und Walid Abu al-Chair haben ihn bekommen, weil sie friedlich das autoritäre System ihres Landes heraus- und Menschenrechte einfordern. Sie setzen sich für Gewaltenteilung und die Abschaffung männlicher Vormundschaft ein, die den Frauen grundlegende Rechte nimmt. Außerdem wollen sie erreichen, dass das Land, das bisher von der Königsfamilie und ultra-konservativen Klerikern geführt wird, zu einer konstitutionellen Monarchie wird. Al-Hamid und Al-Kahtani gründeten eine der wenigen saudischen Menschenrechtsorganisationen. Al-Chair verteidigt saudische Aktivisten vor Gericht. Alle drei sitzen derzeit im Gefängnis. Informationen vom Bayrischen Rundfunk, 30.9.2018, gekürzt, siehe: <https://bit.ly/2XfbDpH>.



Menschenrechte und konfuzianisches Denken



Von Dr. Henrik Jäger

Die Menschenrechte werden bis heute als moderne »Blüte« der europäischen Aufklärung verstanden. Gleichzeitig wird hiermit assoziiert, dass sie eine Errungenschaft des überlegenen europäischen Geistes sind und gerade deswegen universale Bedeutung haben. Solche Assoziationen haben auf Vertreter außereuropäischer Kulturen eine verheerende Wirkung: schon wieder spielen sich westliche Mächte als »Kulturbringer« auf: Wie in den Jahrhunderten entwürdigender Kolonialherrschaft meinen sie mit ihren Idealen alle anderen beglücken zu müssen. Krasse Menschenrechtsverletzungen im Namen der Kolonialherrschaft werden verschwiegen oder bagatellisiert. Ebenso wird ausgeblendet, dass die Menschenrechte bis in

die Gegenwart in Europa und den USA regelmäßig verletzt wurden und werden.

Ein weiteres Problem der eurozentrischer Perspektiven ist das mangelnde Bewusstsein für die Ethiken außereuropäischer Kulturen: Man geht davon aus, dass das Menschenbild des aufgeklärten Individuums für alle Menschen zu gelten hat. Und es wird ausgeblendet, dass es in anderen Kulturen zum Teil schon viel früher als in Europa Vorstellungen gab, die der Grundidee der Menschenrechte nahestehen. Dies gilt insbesondere für ein Land wie China, in dem man zu Recht auf eine lange ‚humanistische‘ Tradition stolz ist, eine Tradition, in der vor 2000 Jahren der konfuzianische Philosoph Menzius die Würde aller Menschen philosophisch begründete. Kernbestand der Philosophie von Menzius

ist die Forderung einer Politik, die die Würde aller Menschen achtet und deren Erfahrung auf allen Ebenen ermöglicht.

Die »Menschenwürde« in der konfuzianischen Philosophie. Tatsächlich hat sich in China kein Begriff eines »Menschenrechts« entwickelt, da Rechte Institutionen benötigen, die ihre Einhaltung garantieren bzw. ihre Verletzung ahnden. Im konfuzianischen Denken sind es jedoch die Herrschenden selbst, die auf Grund ihrer humanistischen Grundgesinnung und Bildung dafür sorgen, dass es den Beamten und dem Volk gut geht: Die Erfahrung von Menschenwürde wird somit durch die »menschliche Regierung« ermöglicht, darüber hinaus ist sie für eine Mehrheit nur in dem Maß spürbar, in dem sich alle um einen wertschätzenden Umgang mit

Menschen, mit Naturressourcen, mit ihrem Körper u.a. bemühen.

Aus der Philosophie von Menzius lassen sich folgende Themen aus diesem ableiten:

- Jedem Menschen wohnt ein hoher Wert inne, den er selbst erkennen und pflegen lernen muss.
- Alles Leben ist schutzbedürftig und schutzwürdig.
- Jeder Mensch hat eine moralische Autonomie, die er – im Zweifelsfall – auch gegen herrschende Normen und Mächte zur Grundlage seines Handelns machen muss.
- Die Herrschenden haben politische, wirtschaftliche und ökologische Verantwortung für die Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen. Wenn sie diese nicht wahrnehmen, verwirken sie ihre Legitimation.
- Unmenschliche Herrschaft muss kritisiert, bekämpft werden. Auch der Tyrannenmord ist von hier aus gerechtfertigt, ja notwendig, um einer »gerechten Regierung« den Weg zu bahnen.
- Das Volk ist die Grundlage des Staates – deswegen muss der Herrscher »in Kontakt mit den Bedürfnissen und Sorgen« der Menschen bleiben.

Da Menzius' Philosophie seit Jahrtausenden die konfuzianischen Denker Ostasiens geprägt und beflügelt hat, sind diese menschenrechtsrelevanten Vorstellungen stark verwurzelt. Einem von der chinesischen Führung oft vorgebrachten Argument, nach dem Ostasien andere »asiatische« (autoritäre, kollektivistische und nicht individuelle) Werte als der Westen habe, muss eindeutig widersprochen werden. In den letzten 150 Jahren haben chinesische Politologen, Philosophen und Schriftsteller viel darüber nachgedacht, wie westliche Vorstellungen von Demokratie und Menschenrechten mit der chinesischen Tradition zu vereinbaren sind. Einer der interessantesten Verfechter einer konfuzianischen »Begründung« der Menschenrechte ist Liu Junning, der noch bis 2008 frei publizieren durfte. Westliche Verfechter könnten in seinem Werk wichtige Impulse für ein interkulturelles Verständnis der Menschenrechte und einen zukünftigen Dialog erhalten.

Das schwierige Erbe der Kolonialgeschichte. Aus chinesischer Sicht ist der Schatten der

Kolonialgeschichte immer noch sehr lang und sehr wirksam – nicht zuletzt dadurch, dass man sich die Vernichtung anderer Kulturen zu deren »Glück« selbst zu eigen gemacht hat (s. Tibetpolitik). Sichtbare aktuelle Zeichen hierfür sind der Handelskrieg und die Todesstrafe für einen Kanadier wegen Drogenhandels. Um chinesische Reaktionen auf bestimmte Vorwürfe, Drohungen und Mahnungen zu verstehen, muss man wissen, wie tief traumatisierend die Kolonialgeschichte war und wie sehr man darauf bedacht ist, sich nie wieder so demütigen zu lassen. Da sich – soweit ich weiß – keine ehemalige Kolonialmacht je für die begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in China entschuldigt hat, ist dies für den Dialog über Menschenrechte ein schwieriges Erbe. Liest man in den Quellen, dass in der deutschen Kolonie konfuzianische Schriften wie die des Menzius öffentlich als Aberglaube verbrannt wurden und dass Chinesen als Menschen zweiter Klasse degradiert wurden, kann man erahnen, welche Spuren das in den Menschen hinterlassen hat.

Ausblick. Wenn westliche Politiker in China Menschenrechte anmahnen und diese an konkrete Bedingungen wirtschaftlicher und/oder politischer Art knüpfen, so ist dies meistens gerechtfertigt und führt häufig für Dissidenten, Minderheiten, Menschenrechtsanwälte, politische Gefangene u.a. zu spürbaren Verbesserungen. Solche Zeichen von Solidarität werden auch in der Zukunft wichtig bleiben.

Doch erst wenn ein solches Engagement von einem Dialog zwischen den Kulturen getragen ist, in dem die historischen Erbschaften und die philosophischen Ressourcen beider Kulturen reflektiert werden, wird sich in China der Eindruck einer postkolonialen Überheblichkeit abschwächen. Zudem wäre es für China ein deutliches Signal, wenn man hier einmal darüber nachdenken würde, ob das konfuzianische Erbe nicht auch unser Verständnis der Menschenrechte bereichern könnte: Hier wären zum Beispiel jene Facetten konfuzianischer Ethik interessant, die die menschliche Würde als beständige, von allen Teilen der Gesellschaft täglich einzuübende Erfahrung verstehen.

Unermüdliche Freude am Guten ist ein Zeichen himmlischer Würde: Menzius sagte: Es gibt die Würde des Himmels und die Würden der Menschen. Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Loyalität, Glaubwürdigkeit und eine uner müdliche Freude am Guten sind Zeichen himmlischer Würde. Fürst, Minister oder hoher Beamter zu sein, das sind Zeichen menschlicher Würden. Wenn die Menschen der alten Zeit sich in der himmlischen Würde bildeten, dann folgten die menschlichen Würden dieser von selbst. Wenn die Menschen der heutigen Zeit sich in der himmlischen Würde bilden, dann streben sie hiermit menschliche Würden an. Wenn sie diese dann erlangt haben, so verwerfen sie die himmlische Würde. Das bedeutet aber, dass sie in schwerste Verwirrung fallen und letztlich untergehen werden.

Aus: Henrik Jäger: Menzius-Lesebuch. Den Menschen gerecht



Dr. Henrik Jäger ist Sinologe und Philosoph, Autor und Dozent in Freiburg und Trier. Er war Referent der Tagung »Die Menschenrechte im Kontext des konfuzianischen Denkens«, von 30.11.–2.12.2018.

Menschenrechtsarbeit heute

Von Dr. Joachim Rücker

Am 10. Dezember 1948, wurde die Resolution 217 A (III) der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR). Sie entstand als Initiative von Regierungen, die Lehren aus dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem Naziterror ziehen wollten.

Trotz dieser Erklärung sind heute fast 70 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Krieg, Terror, Verfolgung und Naturkatastrophen, obwohl die »Freiheit von Furcht und Not« zu den Versprechen der AEMR gehört. 85 Prozent dieser Flüchtenden leben in Ländern des »globalen Südens«, während sich die Länder des »globalen Nordens« zunehmend abschotten. Der Graben zwischen den Versprechen der AEMR und der realen Situation in vielen Ländern ist noch nicht zugeschüttet und er droht, noch tiefer zu werden. Dazu trägt auch bei, dass Flüchtende oft als Belastung gesehen werden, oder bestenfalls als Objekte der Fürsorge, und nicht als Mitbürgerinnen und -bürger, die ihren eigenständigen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten können.²

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die internationale Menschenrechtsarbeit heute vor großen Herausforderungen steht. Und es geht nicht »nur« um die Wahrung der Menschenrechte von Flüchtenden und Migrierenden, wie dies auch in den einschlägigen UN-Pakten vorgesehen ist. Es geht vielmehr auch um eine ganze Reihe anderer großer Herausforderungen bzw. Bedrohungen für die universale Gültigkeit der Menschenrechte.

■ Eine dieser Bedrohungen sind die autoritären Staats- und Regierungschefs, die die Stimme der Zivilgesellschaft, der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, zu unterdrücken versuchen. Tatsächlich schrumpft in vielen Ländern der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft, gleichzeitig wachsen Umfang, Brutalität und Systematik der Unterdrückung.

Heute, 70 Jahre später, gibt es zahlreiche auf der AEMR aufbauende UN- und regionale Menschenrechtsübereinkommen, die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, den UN-Menschenrechtsrat als zentrales politisches Gremium, UN-Sonderberichterstattenden und -erstatter zu Themen und zu Ländern, das Verfahren der allgemeinen periodischen Überprüfung, der sich alle Mitgliedstaaten unterziehen müssen, und einen Internationalen Strafgerichtshof sowie ad-hoc Tribunale, vor denen die Verantwortlichen für schwerste Menschenrechtsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden.¹ Millionen Menschen profitieren von diesen Fortschritten in der Verwirklichung der Menschenrechte, von weniger Diskriminierung und mehr Rechtsgleichheit, z.B. bei den Kinderrechten, beim Folterverbot und bei den Frauenrechten.

¹ Vgl. hierzu und zum folgenden »Vereinte Nationen« 6/18 und v.a. die Beiträge von Barbara Lochbihler und Zeid Ra'ad Al-Hussein, Hrg. Dt. Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Berliner Wissenschafts-Verlag.

² Vgl. dazu z.B. das Konzept der Sustainable Development Zones (SDZ Concept Proposal) unter www.joachim-ruecker.com

■ Eine weitere Bedrohung geht von der Relativierung und Verwässerung der Menschenrechte aus. Deren Geltung wird zwar »grundsätzlich« anerkannt, gleichzeitig aber relativiert, z. B. mit dem Verweis auf kulturelle oder religiöse Traditionen. Auch der kürzliche Rückzug der USA aus dem UN-Menschenrechtsrat oder der herzliche Umgang ihres Präsidenten mit »Kollegen«, die die Menschenrechte missachten, tragen zur Relativierung bei.

■ Eine zusätzliche, sehr ernste Bedrohung geht von nichtstaatlichen, aggressiven Akteuren aus, die sich an völkerrechtliche Normen nicht gebunden fühlen, wie z. B. der sog. »Islamische Staat«.

■ Und, so wichtig die Bekämpfung solch aggressiver Akteure ist: eine weitere Bedrohung für die Menschenrechte sind falsche Entscheidungen bzw. Abwägungen, wenn es um das Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit geht, z. B. bei der Anti-Terror-Gesetzgebung, aber auch beim Schutz der Privatsphäre.

■ Eine besondere Bedrohung liegt in der Tatsache, dass weder der UN-Menschenrechtsrat noch die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte »harte« Sanktionen bei Menschenrechtsverletzungen verhängen können und dass auch Staaten dies selten tun. Zudem sind einige Länder wichtigen Institutionen wie dem Internationalen Strafgerichtshof nicht beigetreten. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass in vielen, wenn auch nicht in allen Fällen die öffentliche Verurteilung, das berühmte »naming and shaming«, die wirksamste Methode ist, um den Betroffenen zu helfen.

■ Schließlich ist die universale Gültigkeit der Menschenrechte auch durch Unterfinanzierung bedroht, worauf vor allem der frühere UN-Hochkommissar Zeid Ra'ad Al-Hussein immer wieder hingewiesen hat. So finanzieren z.B. kaum mehr als 3 Prozent des regulären UN-Budgets die Menschenrechtsarbeit, immerhin einer der drei Pfeiler des UN-Systems, neben den wesentlich besser finanzierten Pfeilern »Frieden und Sicherheit« und »Entwicklung«. Was ist zu tun, um

- international



»Where is the humanity?« steht auf dem Rücken eines der Flüchtlingsjungen, die 2016 an einem Zaun an der griechisch-mazedonischen Grenze stehen.

diesen Bedrohungen zu begegnen und den von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen wirksam zu helfen? Wir brauchen vor allem Geduld und Standfestigkeit und ein klares Bekenntnis zur Universalität der Menschenrechte, ohne Wenn und Aber. Dies bedeutet auch, dass wir von Staaten und ihren Regierungen – sie und nur sie sind der Garant der individuellen Menschenrechte – immer wieder und wieder die eingegangenen Verpflichtungen einfordern und sie nicht einfach, wie das oft gefordert wird, aus der Gemeinschaft der »Garanten« ausstoßen, womit sie dann auch noch der Rechenschaftspflicht entkommen könnten. Wir müssen außerdem die Zivilgesellschaften und die Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger weltweit unterstützen, z. B. über einschlägige Nichtregierungsorganisationen wie Human Rights Watch. Wir müssen unsere Stimme erheben, wenn im Spannungsverhältnis »Sicherheit und Freiheit« falsche Entscheidungen getroffen werden. Wir müssen schließlich auch dafür sorgen, dass öffentliche Ver-

urteilungen stattfinden und, mit Blick auf die Medien, auch stattfinden können und nicht aus z. B. wirtschaftlichen Erwägungen hintangestellt werden. Und nicht zuletzt wird es in den nächsten Jahren darum gehen, den Menschenrechtspfeler im UN-System finanziell zu stärken und z. B. den Menschenrechtsrat zu einem dem Sicherheitsrat gleichgestellten UN-Primärorgan zu machen.

Angesichts der eingangs erwähnten, in den letzten 70 Jahren geschaffenen beeindruckenden internationalen »Menschenrechtsarchitektur«, mit zahlreichen einschlägigen Abkommen und Überwachungsmechanismen zu den Menschenrechten der ersten (bürgerliche und politische Rechte) und der zweiten (wirtschaftliche und soziale Rechte) Generation ist es wohl auch an der Zeit, den Schwerpunkt nicht mehr auf neue Abkommen, sondern auf die bessere Umsetzung der bestehenden zu legen. In diesem Zusammenhang geht es auch um die wirksame Prävention von Konflikten, die UN-Generalsekretär

Antonio Guterres in den Mittelpunkt seiner Arbeit gestellt hat. Dabei zeigt sich: die Verletzung der Menschenrechte ist ein wichtiger Frühindikator für heraufziehende Konflikte. Das heißt im Umkehrschluss: nur wenn wir Verletzungen der Menschenrechte früh erkennen und beenden, können wir Frieden und Sicherheit erhalten. Menschenrechte sind also kein »weiches«, sondern ein ganz »hartes« Thema. Ihr Platz ist ganz oben auf der Agenda. Das sollte sich noch mehr herumsprechen.



Dr. Joachim Rücker ist promovierter Volkswirt, Berater und langjähriger deutscher Botschafter, bis 2017 Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Stabilitätspartnerschaft Mittlerer Osten und davor u.a. Ständiger Vertreter Deutschlands bei der UN in Genf.

Digitalisierte Menschen

Von Prof. Dr. Joachim Fetzer

70 Jahre sind sie alt, zwei große Antworten auf die Barbareien der Kriegszeit: Der Artikel 1 des Grundgesetzes »Die Würde des Menschen ...« und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die in ihrer Präambel ebenfalls von der »allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde« ausgeht. Im Dezember 2018 hat eine von der EU-Kommission eingesetzte »High-Level-Group on Artificial Intelligence« einen Entwurf für Ethik-Richtlinien zur Künstlichen Intelligenz publiziert. In diesem dominiert nicht die Menschenwürde, sondern ein Rechte-basierter Ansatz. Das ist ein Fehler. Richtig ist: Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Basis-Technologie, die unsere Zivilisation massiv verändern wird. Der Vergleich mit der Erfindung des Buchdrucks ist nicht übertrieben. Ohne Buchdruck wäre die Reformation anders verlaufen (oder ausgefallen). Mit Alexa und Siri, mit google-maps und fitness-checkern erhalten wir nur eine kleine Vorahnung von den kommenden Veränderungen. Auch mit KI werden Konflikte entstehen und Lernprozesse nötig werden. Wenn man aber wie in dem genannten Dokument der EU-Expertengruppe praktisch ein »Recht auf opt-out« nahelegt, also ein Recht, nicht von algorithmisch vollzogenen Unternehmensentscheidungen betroffen zu werden, dann wird die große Tradition fundamentaler Rechte für eine fortschrittsskeptische oder auch nur wirtschaftsfeindliche Blockadehaltung missbraucht. Das wäre ungefähr so, als hätte man auf die durch Gutenbergs Buchdruck-Erfindung gewachsene Bedeutung der Schriftlichkeit mit einem »Recht auf Analphabetismus« reagiert. Stattdessen wurde irgendwann in Schulen investiert, deren Besuch dann Pflicht und inzwischen eben auch zum Menschenrecht geworden ist. Gerade in großen Veränderungsprozessen sollte man mit der Postulierung von Rechten vorsichtig sein und immer auch die dazugehörigen Pflichten thematisieren. Es gibt kein Recht auf »Alles bleibt, wie es ist.«

Für die digitale Transformation empfiehlt sich – statt einer einseitigen Orientierung an Rechten – der Blick auf die umfassendere Tradition der Menschenwürde. Würde ist Anspruch auf Achtung. Menschenwürde ist der »jedem Menschen eignende, weil allein mit seinem Dasein gegebene und darum objektive Anspruch auf Achtung«. So haben es evangelische und katholische Sozialethiker formuliert (Im Zentrum Menschenwürde, hg. von Bernhard Vogel). Menschenwürde ist keine Aussage über Eigenschaften, Fähigkeiten oder Leistungen, sondern eine normative Qualifizierung, die nur Menschen in ihrer leib-seelischen Einheit zukommt.

Menschenwürde, den Anspruch auf Achtung genießt daher der körperlich vorhandene Mensch. Man missachtet die Würde eines jeden Menschen, wenn man – wie gelegentlich von Datenschützern oder Netzpolitikern gefordert – die »digitale Persönlichkeit« mit der realen Person gleichsetzt und den Menschenwürdeschutz unmittelbar auf die »digitale Person« (also die Gesamtheit seiner Daten) ausdehnt. Gegen guten Datenschutz spricht nichts. Und verbesserte Datensicherheit ist dringend nötig. Aber mit einer Menschenwürde für Datenpakete schießt man am Ziel vorbei. Der Mensch ist mehr als sein Körper. Aber er ist eben auch mehr als »nur« seine Gedanken, Interaktionen und alle aus seinem Leben gespeicherten Daten.

Für die Interaktion mit künstlichen Intelligenzen und Robotern ist die unbedingte (aber in dieser Form auch exklusive) Menschenwürde ein wichtiger Orientierungspunkt. Denn der Unterschied zwischen Mensch und Maschine scheint zu verschwimmen. Das beginnt beim fragwürdigen Begriff künstlicher »Intelligenz« über die erstaunlichen Erfolge von smarten Maschinen bei Quiz-Sendungen oder im GO-Spiel bis zu laufenden kleinen Robotern. Diese werden zu Marketingzwecken gerne mit großen Augen nach Kindchenschema gebaut.

Ein Leitspruch der Netiquette aus den Frühphasen der digitalen Kommunikation lautete:



Der Ratsvorsitzende der EKD, Prof. Dr. Heinrich Beppeler am Rande der Ratssitzung am 26. Januar 2019. Textes »Die digitale Revolution gestalten – eine ev...

enwürde?



dford-Strohm mit dem humanoiden Roboter
018 in Wuppertal bei der Übergabe des Impuls-
rangelische Perspektive».

»Vergiss nicht, dass auf der anderen Seite ein Mensch sitzt«. Diese (oft missachtete) Regel ist ja nur deshalb nötig, weil die Kommunikation ohne Angesicht und ohne Ton, ohne Namen und Geschichte genau dieses leicht vergessen lässt: Dass da ein Mensch sitzt, der einen Anspruch auf Achtung hat. Heute, in Zeiten von sprechenden Bots und sogenannten »Künstlichen Intelligenzen« wäre neu zu formulieren: »Rechne immer damit, dass auf der anderen Seite ein Mensch sitzen könnte oder auch nicht – sondern ein Social-Bot oder Chatbot«.

Immer lauter (auch in dem genannten Papier aus der EU) wird daher den Betreibern künstlicher Intelligenzen abverlangt, dass gekennzeichnet werden sollte, ob »auf der anderen Seite« ein Mensch oder eine Maschine kommuniziert oder interagiert. Aber nicht nur an die Industrie richten sich Forderungen. In der Tradition der Menschenwürde wäre es gut, wenn auch die Vertreter von Politik, Religion und Kultur den Unterschied in ihrer Kommunikation und ihrem symbolischen Handeln nicht verwischen: Mensch bleibt Mensch, und Maschine bleibt Maschine. Der Unterschied muss erkennbar bleiben.

Dabei geht es nicht um die Behauptung, dass Menschen klüger oder kompetenter, wohlmeinender oder empathischer seien. In vielen Aspekten werden künstliche Intelligenzen Teile menschlichen Verhaltens in menschenähnlicher Weise übernehmen können – manchmal sogar von besserer Qualität. Aber dies ist keine Gefährdung der Menschenwürde, wenn wir dies nicht zulassen. Nicht die empirische Kompetenz macht die Würde eines Individuums aus. Die Differenz ergibt sich aus der schlichten Tatsache des Menschseins. Kirchenvertreter, die sich schon körperlich »auf Augenhöhe« mit einem lächelnden Roboter Pepper begeben, senden hier die exakt falschen Signale.

Manche – wie das EKD-Ratsmitglied Elisabeth Gräß-Schmidt – befürchten eine

schleichende Aushöhlung des Menschenbildes durch die Etablierung von KI und autonomen Systemen und legen sogar ein Forschungsmoratorium nahe. Man darf die kulturellen Herausforderungen der Künstlichen Intelligenz nicht unterschätzen. Doch Veränderungen im Selbst- und Weltbild von Menschen gab es schon immer. Und schon immer war und ist es eine Frage des Mutes und ein Wagnis, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen und seinem eigenen Urteil zu vertrauen. Dieses Verständnis der Aufklärung stand schon zu Zeiten Kants in Opposition zur Rolle der Erzieher und Vormünder, denen man sich – um Wohlergehen und Sicherheit besorgt – anvertraut und der Versuchung folgt, Verantwortung auf andere zu schieben. Künstliche Intelligenzen schaffen neue Möglichkeiten, eigene Verantwortung zu vermeiden, und scheinbar abzugeben – eine große Versuchung. Nicht in der Forschung an autonomen Systemen, sondern im Umgang mit ihnen wird sich entscheiden, welche Veränderungen damit einhergehen.

Die größte Gefahr geht aber von einer polarisierten gesellschaftlichen Diskussion aus, in der die einen nur die Chancen und die anderen nur die Risiken sehen. Nur mit einem gesellschaftlichen Lernprozess, vorzugsweise orientiert an der Tradition der Menschenwürde, zu der auch eigenes Entscheiden und eigene Verantwortung gehört, nicht mit dem Schutz vor Veränderung auf Basis von immer weiter formulierten Rechten werden die Herausforderungen bewältigbar sein.



Prof. Dr. Joachim Fetzer war Referent der Tagung »Alexa lacht, Uber kracht, Facebook wacht. Unsere Verantwortung für Anwendungen Künstlicher Intelligenz«. Er lehrt u. a. »Philosophie der Digitalisierung« an der Hochschule Würzburg-Schweinfurt, s.a. www.wirtschaftsethik.com

Scheitern nicht ausgeschlossen

Demokratie und Menschenrechte als Fundamente unserer Freiheit



Von Dr. Daniel B. Roth

Ende des 20. Jahrhunderts konnte es so scheinen, als habe sich die liberale Demokratie samt marktwirtschaftlichem Wirtschaftssystem ein für allemal gegen totalitäre und autoritäre Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme durchgesetzt. Verbunden mit dem Siegeszug des westlichen Demokratiemodells keimte auch Hoffnung darauf, dass die Menschenrechte, die den westlichen Demokratien zugleich Begründung und Auftrag sind, nun bald schon weltweit zu Geltung und Wirksamkeit kommen würden.

Zwei Jahrzehnte später hat sich diese Zuversicht mindestens getrübt. Dem liberalen Modell der westlichen Demokratie sind weltweit ausstrahlende

Gegenentwürfe gegenübergetreten, vertreten von autoritären Führergestalten in nahezu allen Teilen der Welt, die ihren Machtgewinn nicht Militärputschen, sondern Wahlerfolgen verdanken. In Gestalt erstarkender populistischer Bewegungen und in höchste Ämter gewählter Populisten hat die Erschütterung des westlichen Demokratiemodells mittlerweile auch Länder Nordamerikas und Westeuropas erreicht, in denen es lange als unerschütterlich verwurzelt galt. Diese Entwicklung führt die Möglichkeit eines Scheiterns von Demokratie in unser Bewusstsein zurück: eine Gefahr, die politischen Denkern in der Entstehungsphase der modernen Demokratie westlichen Typs präsent war und ihre Konzepte prägte. Dabei blickten sie vor allem auf die Antike.

Vor allem zwei problematische Tendenzen demokratischer Staatswesen, wie man sie aus dem antiken Athen kannte, standen dabei im Fokus: Zum einen war da die mangelnde innere Stabilität, maßgeblich zurückgeführt auf zerstörerisch ausartenden Parteienkampf und auf die Verwundbarkeit der Demokratie durch Demagogen und zwar demokratisch legitimates, aber unfähiges oder unverantwortlich handelndes Führungspersonal. Zum anderen aber wurde auch der Demokratie unterdrückerisches Potenzial bescheinigt. Hier ging es im Kern um die Gefahr einer tyrannischen Herrschaft der Mehrheit über andersdenkende Minderheiten und Individuen. So war in der Demokratie Athens die Macht der Mehrheitsentscheidungen nahezu unbeschränkt und mündete nicht selten in katastrophalen Missgriffen. Auch

kannte die antike Demokratie keine individuellen, den Beschlüssen von Mehrheiten entzogenen Grundrechte – nicht einmal für ihre eigenen Bürger.

Das für unsere modernen Demokratien maßgebende Konzept universaler, gleicher und unteilbarer Menschenrechte wurde im politischen Denken Europas erst im Zuge der Aufklärung entwickelt; derselben Epoche also, in der aus der Kritik des damals vorherrschenden Absolutismus heraus auch politische Ideen für neue politische Ordnungen entworfen wurden: Nicht Sicherheitsversprechen und göttliche Legitimation eines unumschränkt herrschenden Monarchen sollten Grundlage eines guten Staatswesens sein, sondern Freiheit und »Zustimmung« der Staatsbürger. Zudem sollte die Aufteilung staatlicher Befugnisse auf mehrere, einander kontrollierende Staatsgewalten den Machtmissbrauch verhindern.

Als 1776 in Nordamerika 13 bis dahin britische Kolonien ihre Unabhängigkeit proklamierten und damit den Grundstein für die Vereinigten Staaten von Amerika legten, geschah dies ausdrücklich in Berufung auf universale menschliche Grundrechte. Im Entstehungsprozess der 1787 verabschiedeten Verfassung der USA wurde zudem deutlich, worin sich die neue Republik von der Demokratie der Antike unterscheiden wollte. Um zugleich innere Stabilität und Schutz vor neuer Unterdrückung zu gewährleisten, schuf die US-Verfassung ein institutionelles System der Gewaltenteilung: Regierender Präsident, gesetzgebendes Parlament und rechtsprechende Autorität wurden einander als unabhängige, aber auf Kooperation angewiesene Staatsgewalten gegeneinander gestellt. Die Ausübung der Volkssouveränität durch Wahl von Repräsentanten und die Akzeptanz eines Wettstreits einander auch in Schach haltender Parteien sollten weitere »Heilmittel« gegen selbstzerstörerische Tendenzen einer durchaus nicht angestrebten »reinen Demokratie« à la Athen bieten.

Das durch Gewaltenteilung begründete System allein erwies sich jedoch nicht als unerschütterbare Absicherung gegen problematische Machtballung – ebenso wenig wie Proklamation und Verfassungsrang von Grundrechten. Dass Demokratie als Staatsform und Menschenrechte als ihre maßgebliche Grundlage scheitern können, begleitet die Demokratien bis in die Gegenwart – mit dem Hervorgehen zahlreicher Diktaturen aus krisengeschüttelten Demokratien im 20. Jahrhundert als Höhepunkt.

Als nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur mit der Bundesrepublik wieder eine Demokratie gegründet wurde, versuchten die Väter und Mütter des Grundgesetzes, Vorkehrungen dagegen zu treffen, dass Demokratie an sich selbst scheitert. So sind die Verpflichtung auf die unantastbare Menschenwürde, die Menschenrechte und die daraus abgeleiteten Grundrechte der Bürger im Grundgesetz ebenso unverrückbar festgeschrieben und jeder etwaigen Mehrheitsentscheidung entzogen, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit als Strukturprinzipien der Bundesrepublik. Zudem gelten Gewaltenteilung, Parteienpluralismus und das Recht auf Opposition zur amtierenden Regierung als feste Bausteine der vom Staat und jedem Bürger zu verteidigenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Es gibt auch andere Konzepte von Demokratie. Nicht nur nationalistisch-populistische Bewegungen in Europa und anderen Teilen der Welt berufen sich heute ausdrücklich auf Demokratie, gehen dabei aber von der Vorstellung eines homogenen Volkes mit a priori feststehendem nationalem Interesse aus – ein Volkswohl, das es möglichst machtvoll durchzusetzen gelte. In einem solchen Verständnis von Demokratie als Vollstreckung eines – tatsächlich ideologisch vordefinierten – nationalen Interesses gibt es keinen Platz für die Grundprinzipien des westlich-liberalen Modells: Nicht für Gewaltenteilung, nicht für Parteienpluralismus und legi-

time Opposition, nicht für Rechte von Minderheiten und Individuen gegenüber der Mehrheit und auch nicht für universale Menschenrechte; Grundrechte also, die jedem Menschen zustehen.

Die Lehren, die westlich-liberale Demokratien aus der Geschichte gezogen haben, sind andere: Auch in der Demokratie geht die Freiheit verloren, sobald es unumschränkte Herrschaft gibt. Deshalb braucht auch demokratisch legitimierte Macht Gegengewichte: unabhängige Gerichte und parlamentarische Opposition ebenso wie freie und ungehindert arbeitende Medien. Sie muss Streit akzeptieren und austragen, bedarf aber einer nicht strittigen Grundlage an Wertbezügen, wie es die allen Menschen eigene Menschenwürde ist, und auf ihr aufbauend Grund- und Menschenrechte. Und sie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich dieser Werte bewusst sind und bereit sind, sich für sie einzusetzen.

»Es gibt keine Demokratie ohne Menschenrechte. Ohne Menschenrechte wird die Demokratie zur Tyrannei der Mehrheit. Oder sie wird durch autoritäre Herrscher oder Bewegungen gekapert, die sich als Stimme des »wahren Volkes« ausgeben, die Menschenverachtung einsetzen, um Feindbilder aufzubauen und Kritiker_innen ausgrenzen, und die kritische Stimmen durch den Missbrauch staatlicher Macht zum Schweigen bringen.«
(Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, 2017)

Dr. Daniel B. Roth ist Historiker, Skandinavist, Politikwissenschaftler und Trainer. Er wird als Referent vom 1.–3. April 2020 nach Bad Boll kommen.



Was kommt?

Tagungen vom 5. März bis 31. Juli 2019

Gesellschaft, Politik, Staat

Resilienztraining. Psychische Widerstandskraft und Stärke entwickeln

6. bis 8. März 2019, Bad Boll

Persönlichen Stress zu reduzieren und ein Leben im Einklang mit den eigenen Bedürfnissen zu führen, ist eine große Herausforderung unserer Zeit. Im Seminar mit der Psychologin und Theologin Brigitte Schäfer beschäftigen wir uns mit Faktoren, die Menschen seelisch widerstandsfähig machen und üben Strategien zum Stressmanagement ein. Wir stützen uns auf die Erkenntnisse der Resilienzforschung und verknüpfen diese mit Übungen zu den Erfahrungen der Teilnehmenden.

Tagungsleitung: Christa Engelhardt
Infos: Erika Beckert, s. S. 25

Wir müssen reden – Pillen alleine reichen nicht. Was hilft? – Bad Boller Psychiatrietagung

25. bis 26. März 2019, Bad Boll

Der Fokus der Tagung liegt auf der Darstellung der Grenzen der psychopharmakologischen Behandlung. Neue Wege zur Wirksamkeit alternativer Ansätze werden in Vorträgen und Foren vorgestellt sowie deren Alltagsanwendung diskutiert.

Tagungsleitung: Christa Engelhardt
Infos: Erika Beckert, s. S. 25

Glücklich ist das neue Schön Hungern war gestern

2. April 2019, Hospitalhof Stuttgart

Kera Rachel Deiß, einst Germany's Next Topmodel-Kandidatin und international erfolgreiches Plus-Size-Model, berichtet aus einer Welt, in der Anerkennung über Aussehen und Körpermaße verliehen wird. Auf der Suche nach der Liebe zu sich selbst hat sie einen Weg voller Auf- und Abs hinter sich. Offen erzählt sie, was für sie Glück bedeutet und warum



Gesundheit so viel wichtiger ist als äußere Schönheit. Diskussion über politische Aspekte mit Kera Rachel Deiß sowie einer Vertreterin einer Mädchengesundheitsorganisation.

Tagungsleitung: Tanja Urban,
Infos: Heidi Weiser, s. S. 25

Bad Boller Hebammentage 2019 Fachtagung

5. bis 7. April 2019, Bad Boll

Die Bad Boller Hebammentage bieten eine anregende Mischung aus Vorträgen, Workshops und entspannendem Rahmenprogramm. Themen u.a.: Konzepte der Wochenbettbetreuung, geburtshilfliche Schadensfälle, Tools zur Risikoeinschätzung bei Schwangerschaften, die Simulation von Notfällen sowie Fragen der Organisation freiberuflicher Hebammentätigkeit. Kollegialer Austausch und Weiterbildung sorgen für wertvolle Anregungen und stärken den Zusammenhalt.

Tagungsleitung: PD Dr. Anja Reichert-Schick,
Infos: Cornelia Daferner, s. S. 25

Entwicklungspolitische Landeskonferenz 2019

WELT:BÜRGER gefragt!

27. April 2019, Landesmesse Stuttgart GmbH

Unter dem Motto »Welt:Bürger gefragt!« organisiert die Landesregierung Baden-Württemberg seit 2012 einen Bürgerbeteiligungsprozess, in dem neue entwicklungspolitische Leitlinien erarbeitet wurden. Die Akademie Bad Boll

moderiert diesen fortlaufenden Prozess. Einmal jährlich berät die Entwicklungspolitische Landeskonferenz über die Umsetzung dieser Leitlinien. Die Ergebnisse fließen in die Entwicklungspolitik der Landesregierung ein. Beteiligen Sie sich an dem Dialogprozess!

Tagungsleitung: Mauricio Salazar
Infos: Angie Hinz-Merkle, s. S. 25

Quartiersarbeit erfolgreich gestalten

8. Mai 2019, Bad Boll

Quartiersentwicklung ist ein spannendes Aufgabenfeld, das vor Ort ein Zusammenwirken vieler Akteure – der Kommune, zivilgesellschaftlicher Partner und der Bürgerschaft – erfordert. Das Sozial- und Integrationsministerium unterstützt im Rahmen der Strategie »Quartier 2020« lokale Quartierskoordinatoren durch ein Qualifizierungsprogramm, das Ende 2019 starten wird. Die Tagung bietet Einblicke in das geplante Programm, die Möglichkeit zur Vernetzung sowie eine gute Mischung aus Vorträgen, einem »Markt der Möglichkeiten« mit ergänzenden Qualifizierungsangeboten und Workshops.

Tagungsleitung: PD Dr. Anja Reichert-Schick
Infos: Cornelia Daferner, s. S. 25

Fachtagung für Frauenbeauftragte und ihre Unterstützerinnen

Informationen – Impulse – Vernetzung

13. bis 14. Mai 2019, Bad Boll

Seit 2017 muss es in jeder Werkstatt für behinderte Menschen eine Frauenbeauftragte geben. So sehen es das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und die novellierte Werkstättenmitwirkungsverordnung (WMVO) vor. Auch Monate nach der Einführung der Frauenbeauftragten bleibt das Amt eine Herausforderung: für die gewählten Frauenbeauftragten und für die Vertrauensfrauen. Es gibt Informationen, Impulse und Vernetzung. Auch die positiven Seiten von Frausein wie z. B. Liebe und Sexualität sind Thema.

Tagungsleitung: Christa Engelhardt
Infos: Erika Beckert, s. S. 25

**Bücher, Brücken, Berge: Bosnien
Eine politisch-literarische Wanderstudien-
reise nach Bosnien-Herzegowina**
19. Mai bis 2. Juni 2019, Akademiereise



Bosnien: ein Land, in dem Orient und Okzident sich begegnen, unterschiedliche Religionen, Kulturen und Sprachgruppen aufeinander treffen. Aber auch ein Land, das in einem komplizierten und krisenanfälligen Prozess der Staatsbildung steht - mit vielen Chancen und Risiken. In jedem Fall ein Land mit einer wunderbaren Berg-, Fluss- und Kulturlandschaft, einladenden Städten und einer reichen kulturellen und literarischen Tradition. Dieses Bosnien soll auf unserer Reise erwandert werden.
Tagungsleitung: Wolfgang Mayer-Ernst
Infos: Conny Matscheko, s. S. 25

**Machtausgleich mit allen Mitteln
Umsetzung von Kinder- und Jugend-
rechten in der Jugendhilfe durch
ombudschafftliches Handeln**
22. bis 23. Mai 2019, Bad Boll

Wie erfahren Kinder und Jugendliche, welche Rechte sie im Rahmen erzieherischer Hilfen haben? Wie kommen sie zu ihrem Recht in einem Prozess, der pädagogische, soziale und wirtschaftliche Interessen berücksichtigen muss? Wie können wir junge Menschen in der Obhut der »öffentlichen Hand« stärken? Ombudschaft in der Jugendhilfe eröffnet als unabhängige Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeit neue Perspektiven, erschließt Zugänge durch neue Medien, informiert und unterstützt bei Konflikten. Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Arbeit werden diskutiert.
Tagungsleitung: Tanja Urban
Infos: Heidi Weiser, s. S. 25

Kurzinfos zu Tagungen ab Juli

**»Es grünt so grün...«
Nachhaltige Instrumente und Visionen
zur Offenhaltung der Landschaft**

3. bis 4. Juli 2019, Bad Boll
Tagungsleitung: PD Dr. Anja Reichert-Schick, Sandy-Cheril Manton
Infos: Cornelia Daferner, s. S. 25

**Zusammenarbeit in der Werkstatt:
Wie kann das gut gelingen?
Miteinander reden, auskommen,
arbeiten – Fortbildungsreihe für
Werkstatträte – Teil 2**

8. bis 10. Juli 2019, Bad Boll
Tagungsleitung: Christa Engelhardt
Infos: Erika Beckert, s. S. 25

Kultur, Bildung, Religion

**»Meeting-Point! – Begegnung bleibt!«
18. Baden-Württembergischer Streit-
SchlichterKongress**

13. bis 15. März 2019, Bad Boll
Streitschlichtergruppen sind eingeladen, sich beim jährlichen Kongress über Ziele und Methoden der Streitschlichtung zu informieren, sich in Vorträgen und Kleingruppen eine eigene Meinung zu bilden und von anderen Anregungen zu bekommen, um ihr eigenes Konzept weiterzuentwickeln. Wir bieten Impulse, Workshops, Interaktion, Spiel und jede Menge Motivation, um das soziale Gefüge mitzugestalten.
Tagungsleitung: Sigrid Schöttle
Infos: Conny Matscheko, s. S. 25

**Erfolgsfaktor Personal
Herausforderungen an ein effektives
und effizientes Personalmanagement**

18. bis 19. März 2019, Bad Boll
Es geht um die Herausforderungen des Personalmanagements in Diakoniesozialstationen. Um weiterhin gute Mitarbeiter_innen zu finden, diese zu binden und weiterzuentwickeln, muss auf bewährte Methoden zurückgegriffen, aber es müssen auch neue Strategien angewendet werden. Mit Professor Dr. Christian Loffing und weiteren Refe-

rent_innen wird ein abwechslungsreiches Programm gestaltet.
Tagungsleitung: Dr. Dietmar Merz
Infos: Romona Böld, s. S. 25

**Land – Leute – Lucha
Kämpfe um Land und Selbstbestimmung in Zentralamerika**
22. bis 24. März 2019, Bad Boll



Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen schreitet in Zentralamerika voran. Bergbau, Wasserkraft und Monokulturen gefährden Naturräume und die Lebensgrundlagen der betroffenen Gemeinden. Mit Gästen aus Zentralamerika wollen wir folgende Themen diskutieren: Wie können Staaten, Unternehmen und Banken in die Pflicht genommen werden? Wie können die Selbstbestimmungsrechte von betroffenen Gemeinden gewährleistet werden? Welche Rolle kommt der Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa bei der Unterstützung der sozialen Bewegungen zu?
Tagungsleitung: Mauricio Salazar
Infos: Susanne Heinzmann, s. S. 25

**Was ist und wo lebt evangelische
Spiritualität?
Tagung für Menschen im Ruhestand**

28. bis 30. März 2019, Bad Boll
Die diesjährige »Ruhestandstagung« widmet sich der Frage nach Kennzeichen und Traditionen evangelischer Spiritualität. Gibt es spezifische Merkmale geistlichen Lebens im Protestantismus? Wo und wie werden sie heute gepflegt? Mit dem Leipziger Theologen Prof. Dr. Peter Zimmerling. Bibelarbeiten zum Thema, Angebote zu gemeinsamem Chorgesang und Tanz sowie ein evangelischer Messgottesdienst sind weitere Bestandteile der Tagung, die sich an

Themenreihe: Gentechnologie

CRISPR/Cas 9 steht für ein neues Verfahren der Genveränderung, das unsere Welt revolutionieren könnte. Mit dem neuen Verfahren gelingt es, molekularbiologische Mechanismen als präzise DNA-Schere zu nutzen. Damit lässt sich Erbgut in Pflanzen, Tieren und Menschen so einfach, präzise und preiswert verändern wie nie zuvor.

In Kooperation mit dem Hospitalhof Stuttgart

Tagungsleitung: Dr. Dietmar Merz

Infos: Romona Böld, s. S. 25

Alle Veranstaltungen finden im Hospitalhof Stuttgart statt.

25. März 2019, 19:00-21:00 Uhr

So gut wie die Natur?

Das CRISPR/Cas System und die Revolution in der Pflanzenzüchtung

Prof. Dr. Holger Puchta, Botaniker, Karlsruhe

30. April 2019, 19:00-21:00 Uhr

Wie Katz und Maus?

Ökologie und Genetik

MdB Harald Ebner, Bündnis 90/ Die Grünen; Sprecher für Gentechnik- und Bioökonomie-Politik

21. Mai 2019, 19:00-21:00 Uhr

Reif für den Menschen? Über die Möglichkeiten der Gentherapie und des Genome Editing in der Medizin

Prof. Dr. Toni Cathomen, Mediziner, Freiburg

26. Juni 2019, 19:00-21:00 Uhr

Rettungsanker Gentechnologie? Mythen, Metaphern und gesellschaftliche Folgen

Erika Feyerabend, BioSkop E.V. Essen

25. Juli 2019, 19:00-21:00 Uhr, Auf der Grenze? Die Verantwortung für künftige Generationen im Blick auf die »Keimbahntherapie«

Prof. Dr. Martin Hein, Bischof der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck, ehemaliges Mitglied des Deutschen Ethikrats

theologisch interessierte Personen im Ruhestand wendet.

Leitung: Prof. Dr. Hans-Ulrich Gehring

Infos: Jacqueline Detzel, s. S. 25

Europäische Friedensvisionen

29. bis 31. März 2019, Bad Boll

Die Leistung der europäischen Integration als Friedensprojekt wird kaum angezweifelt. Allerdings gibt es viele Herausforderungen zu bewältigen, die soziale Spaltung und die Entwicklung rechtspopulistischer Bewegungen und Fremdenhass verursachen. Viele Menschen sagen, die EU dürfe nicht zu einer »Festung« werden, die ihre Außengrenzen gegen Zuwanderung abschottet, allerdings unterstützt die EU autoritäre Regime mit dem Versprechen, potentielle Flüchtlinge aufzuhalten. Europa dürfe nicht zur »Militärunion« werden sagen die einen. Europa solle Verantwortung übernehmen und sich als Friedensmacht einbringen, sagen die anderen.

Tagungsleitung: Mauricio Salazar

Infos: Susanne Heinzmann, s. S. 25

Neue Regeln in der Wohngemeinschaft Gottes. Studententagung zu einer migrationsensiblen Ekklesiologie

1. bis 2. April 2019, Bad Boll

Von den 19,3 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland verstehen sich mehr als die Hälfte als Christen. Diese Studententagung der EKD und der Akademie will dazu beitragen, ein Verständnis von Kirche zu entwickeln, das einer wachsenden Gemeinschaft von Zugewanderten und Einheimischen gerecht wird. Sie dient dem klärenden Gespräch zwischen Praktiker_innen aus Migrationsgemeinden und Landeskirchen sowie der theologischen Wissenschaft.

Tagungsleitung: Albrecht Knoch

Infos: Eliane Bueno Dörfer, s. S. 25

Odyssee 4.0

Digitalisierung in Schule und Unterricht

3. bis 4. April 2019, Bad Boll

Welche Wege gehen Schulen heute, um auf den gesellschaftlichen Prozess der Digitalisierung zu reagieren? Wie sieht die Schule der Zukunft aus, die digitale

Medien nutzt und gleichzeitig Schüler_innen im Umgang mit diesen sensibilisiert? Gute Beispiele, Austausch und Foren bieten Möglichkeiten, neue Wege kennenzulernen und eine ethischgesellschaftspolitische Diskussion fundiert zu führen. Ziel ist es, vernetzt und mit Lust neue Wege zu erproben.

Tagungsleitung: Claudia Schmengler,

Infos: Erika Beckert, s. S. 25

Die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) – jetzt!

Die Perspektive der Ökonomie des Lebens und der Beitrag der Religionen

12. bis 14. April 2019, Bad Boll

Die Vereinten Nationen haben nach einem mehrjährigen, partizipativen und umfassenden Prozess im September 2015 globale Ziele für nachhaltige Entwicklung, die sogenannten SDGs (Sustainable Development Goals) beschlossen. Diese müssen nun auch in Deutschland umgesetzt werden. Hierfür sind politische Handlungsfelder grundlegend, die andere Weichenstellungen ermöglichen als bisher. Deutschland muss sich seiner Verantwortung für nachhaltige Entwicklung stellen und die 2030-Agenda im Sinne ihrer fünf Prinzipien (Menschen, Erde, Wohlstand, Frieden, Partnerschaft) umsetzen. Welche Rolle spielen die Religionen bei diesem transformativen Prozess?

Tagungsleitung: Mauricio Salazar

Infos: Susanne Heinzmann, s. S. 25

Im Traum des Anderen. Zur Inszenierung des »Prinz von Homburg«

5. Mai 2019, Hospitalhof Stuttgart

Die Staatsoper Stuttgart bringt mit dem »Prinz von Homburg« ein Projekt mit hohem Aktualitätsbezug auf die Bühne. Hans Werner Henzes Oper und ihr von Ingeborg Bachmann verfasstes Libretto akzentuieren Kleists Drama als »Traumspiel«, das sich mit dem gesellschaftspolitischen Klima im Nachkriegsdeutschland auseinandersetzt. Teilnehmer_innen erleben am Vorabend die Aufführung der Oper und nehmen im Anschluss an einem Gespräch mit Mitwirkenden teil. Aus der Vielschichtigkeit des dramatischen Stoffs greift die

Akademietagung schließlich die Frage nach Potentialen gesellschaftlichen Träumens jenseits der Vorherrschaft eines rein zweckrationalen Handelns auf. Leitung: Prof. Dr. Hans-Ulrich Gehring Infos: Jacqueline Detzel, s. S. 25

Zugewandt – Integrative Ansätze in Palliative Care und Hospiz

24. Mai 2019, Bad Boll

In der Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass neben medizinisch-pflegerischen Aspekten auch soziale, psychische und spirituelle Gesichtspunkte eine große Rolle spielen. Noch wenig diskutiert ist die Erfahrung, dass – ergänzend zu klassischen medizinischen Maßnahmen – alternative Behandlungsmethoden sehr hilfreich sind. Dieser integrative Ansatz verbindet Schulmedizin und Naturheilverfahren. Die Tagung will interprofessionell und interdisziplinär thematisieren, was in der Hospiz- und Palliative-Care-Arbeit längst gängige Praxis ist. Tagungsleitung: Dr. Dietmar Merz Infos: Romona Böld, s. S. 25

Vernissage KUNST Sibylle Burr

26. Mai 2019, Bad Boll

Siehe Seite 7

Gelassen und energievoll Lehrer_in sein Eigene Ressourcen entdecken und entfalten mit ZRM®

30. Mai bis 1. Juni 2019, Bad Boll

Um den Alltag als Lehrer_in entspannt zu bestehen, hilft es, aus einer gelassenen Grundhaltung heraus zu handeln. Wir arbeiten daran, eigene verborgene Potenziale zu entdecken, um die Dinge so zu tun, dass sie uns leicht von der Hand gehen. Dies unterstützt uns dabei, uns als Teamplayer im Klassenzimmer und in der Kolleg_innenschaft einzubringen und gleichzeitig den Beitrag anderer wahrzunehmen und wertzuschätzen. Gemeinsam erforschen wir dies mit Methoden des Zürcher Ressourcen Modells (ZRM®), Körperarbeit und Kooperationsübungen. Tagungsleitung: Claudia Schmengler Infos: Erika Beckert, s. S. 25

Kurzinfos zu Tagungen ab Juli

ZeichenSprache: Visualisieren in Gruppenprozessen

Plakate gestalten und strukturieren in Bürgerbeteiligung und Jugendbildung
2. Juli 2019, Hospitalhof Stuttgart

Tagungsleitung: Sigrid Schöttle
Infos: Beate Schnabel, s. S. 25

Geliehen ist der Stern, auf dem wir tanzen. Meditatives Tanzen für Frauen

12. bis 14. Juli 2019, Bad Boll

Tagungsleitung: Claudia Schmengler
Infos: Erika Beckert, s. S. 25

Wirtschaft, Globalisierung, Nachhaltigkeit

Kirche macht Stadt

Exkursion zum Stadtteil Benjamin-Franklin-Village Mannheim

19. März 2019, Benjamin Franklin Turnhalle

Seit 2016 gestalten ein evangelischer Pfarrer und ein katholischer Pastoralreferent die Konversion des amerikanischen Militärgeländes zu einem neuen Stadtteil mit. Der Ort ihres Wirkens: ein Bauwagen, ein Klassenzimmer der ehemaligen amerikanischen Schule sowie Plätze und Wege im wachsenden Franklin Village. Sie feiern Gottesdienste und Taufen und haben ein offenes Ohr für neue Bewohner. Zudem sind sie Gesprächspartner für die Projektentwicklungsgesellschaft der Stadt. Ihr innovativer Ansatz zeigt, wie Kirche und Stadtentwickler zusammenwirken können. Die Exkursion gibt einen Überblick und lädt zu einem Gespräch ein. Tagungsleitung: Karin Uhlmann, PD Dr. Anja Reichert-Schick Infos: Mona Keim, s. S. 25

Arbeit 4.0: Wo bleiben die Arbeiter und Angestellten?

28. bis 29. März 2019, Bad Boll

Die Digitalisierung soll in den nächsten Jahren die Arbeitswelt grundlegend verändern. Dabei denkt man primär



an Roboter, die Menschenarbeit in der Industrie ersetzen. Doch der Prozess ist komplexer und betrifft auch die Gestaltung neuer Routinen, ermöglicht neue Konkurrenzen zwischen Standorten und eröffnet durch Internetplattformen neue Arbeitsverhältnisse für unabhängige »Selbstständige«. Droht Arbeitern eine massive zukünftige Arbeitslosigkeit oder eine Prekarisierung? Welche Gestaltungsräume gibt es in der Politik, um negative Auswirkungen zu vermeiden? Leitung: Prof. Dr. Andrés Musacchio Infos: Susanne Heinzmann, s. S. 25

Demokratie von unten Leben

»Le grand débat« in Frankreich und Beteiligungsformen in Ba-Wü

5. April 2019, Villa Domnick Nürtingen

Aktuelle Erfahrungen mit Partizipation in Frankreich und die Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg mit Staatsrätin Gisela Erler und Prof. Dr. Frank Baasner Tagungsleitung: Albrecht Knoch Infos: Eliane Bueno Dörfer, s. S. 25

Bedingungsloses Grundeinkommen Gesellschaftliche Debatten aus unterschiedlichen Perspektiven

5. bis 6. April 2019, Bad Boll

Die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist längst etabliert. Die Argumentation ist je nach Perspektive unterschiedlich. Wie positionieren sich die Gewerkschaften? Gibt es einen feministischen Ansatz zum BGE? Wie verhalten sich Kirchen und Theolog_innen zum Thema? Wir möchten die Verbindung zwischen Grundeinkommen und den jeweiligen Bereichen in den Mittelpunkt der Diskussion stellen, um verschiedene Modelle

und ihre unterschiedlichen Auswirkungen zu analysieren.

Leitung: Prof. Dr. Andrés Musacchio

Infos: Conny Matscheko, s. S. 25

»Wer inne hält, erhält innen Halt« (Laotse). Tage des Innehaltens – ein Retreat für Führungskräfte

15. bis 18. April 2019, Bad Boll

Pausieren, Rast machen, eine Ruhepause einlegen, Körper, Seele und Geist einen Resonanzraum geben. Sich besinnen und anregen lassen durch Gruppengespräche, Einzelcoaching, kleine Vorträge, Körperübungen und Zeit im Grünen. Begleitet werden Sie von zwei erfahrenen Coaches. Das Ziel ist, dass Sie, gestärkt und erfrischt mit innerem Halt, Ihren Weg gehen können.

Tagungsleitung: Susanne Meyder-Nolte, Dr. Albert Decker

Infos: Marion Heller, s. S. 25

Lateinamerika im Fokus Politischer Wandel, Wirtschaftsentwicklung und Institutionen

24. bis 25. Mai 2019, Bad Boll

Mit der Rückkehr rechtskonservativer Regierungen in vielen Ländern Lateinamerikas sind in den letzten drei Jahren wieder neoliberale Politiken maßgebend geworden. Verschuldung, Armut und Arbeitslosigkeit steigen. Die Rechtsstaatlichkeit wird brüchig. Ist diese Politik nachhaltig oder entwickelt sich daraus eine Krise? Wir diskutieren diese Fragen mit Expert_innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Ziel ist es, die Zusammenarbeit für die nötigen Transformationen zu fördern. Leitung: Prof. Dr. Andrés Musacchio
Infos: Andrés Musacchio s. S. 25

Welt 4.0: Neue Allianzen, neue Orientierungen. Globales Handeln in offenen Gesellschaften

24. bis 25. Mai 2019, Bad Boll

Die Globalisierung der offenen Märkte, der verstärkten internationalen Arbeitsteilung, des freien Kapitalverkehrs und der globalen Verfügbarkeit von Informationen und Wissen werden durch neue nationale Interessen, Zollschränken und Abschottungen konterkariert. Das euro-

päische Modell der offenen Gesellschaften muss sich in dieser Herausforderung durch neue Allianzen bewähren. Auf welche Bedingungen müssen sich internationale Unternehmen einstellen? Was wird aus den globalen Nachhaltigkeitszielen? Welche neuen Chancen bieten sich für faire Wirtschaftsbeziehungen? In Kooperation mit Wirtschaftsgilde e.V. Leitung: Prof. Dr. Georg Lämmlin
Infos: Angie Hinz-Merkle, s. S. 25

Nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum

24. bis 25. Mai 2019, Bad Boll

Um die Attraktivität ländlicher Regionen zu erhalten, braucht es innovative und konkrete Mobilitätskonzepte. Neue Mobilitätsformen und praxiserprobte Projekte wie z. B. Bürgerbusse, Car-Sharing-Angebote oder Mitfahrbänkle zeigen, dass nachhaltige Mobilität bereits gelebt wird. Auch neue Technologien und die Digitalisierung verändern Mobilitätsformen und -verhalten. Die Tagung möchte Praxisbeispiele nachhaltiger Mobilität in ländlichen Kommunen und Regionen aufzeigen, deren Ergebnisse und Erfahrungen diskutieren und einen Blick in die Zukunft werfen.

Tagungsleitung: Sandy-Cheril Manton
Infos: Romona Böld, s. S. 25

Selbstreflexion Schlüsselkompetenz für die agile Organisation

3. bis 4. Juni 2019, Bad Boll

Führungskräfte und Unternehmen stehen mehr denn je vor der Herausforderung, immer schneller aus Fehlern und Erfolgen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die kontinuierliche Selbsterneuerung von Organisationen (Hans-Joachim Gergs) erfordert deshalb an erster Stelle Selbstreflexionsfähigkeit von Personen und Organisationen. Die Tagung wird dieses Konzept in Workshops konkretisieren und im kollegialen Austausch an den vorhandenen Erfahrungen auf seine Praktikabilität hin testen. Wie kann die Selbstreflexionsfähigkeit von Führungskräften in Unternehmen unterstützt und nachhaltig gestärkt werden?

Leitung: Prof. Dr. Georg Lämmlin, Karl-Ulrich Gscheidle, Dr. Albert Decker
Infos: Angie Hinz-Merkle, s. S. 25

Partnerschaft auf Augenhöhe Unternehmensverantwortung für die globalen Nachhaltigkeitsziele

28. bis 29. Juni 2019, Bad Boll

Die Agenda 2030 fordert Unternehmen durch das Ziel »Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum« (SDG 8) heraus. In Verbindung mit den SDGs: sauberes Wasser, saubere Energie, Innovation, nachhaltiger Konsum und Klimaschutz bildet es den Kern der neuen Unternehmensverantwortung für globale Nachhaltigkeit. Wie sie in Entsprechung zu SDG 17 »Partnerschaften zur Erreichung der Ziele« in einem Raum der Partnerschaft und Kooperation im globalen Kontext wahrgenommen werden kann, wird anhand praktischer Beispielen und Projekte diskutiert.

Leitung: Prof. Dr. Georg Lämmlin, Karl-Ulrich Gscheidle
Infos: Angie Hinz-Merkle, s. S. 25

Kurzinfos zu Tagungen im Juli

Geld verbessert die Welt Investments für die globalen Nachhaltigkeitsziele

4. bis 5. Juli 2019, Bad Boll

Leitung: Prof. Dr. Georg Lämmlin
Infos: Angie Hinz-Merkle, s. S. 25

NABU-Sommerakademie Fortbildungsangebot für ehrenamtlich Engagierte im Naturschutz

6. bis 7. Juli 2019, Bad Boll

Leitung: Sandy-Cheril Manton
Infos: Romona Böld, s. S. 25

Wege zu einer anderen Ökonomie Gelebte Beispiele im Diskurs

26. bis 27. Juli 2019, Bad Boll

Tagungsleitung: Romeo Edel
Infos: D. Szillat-Poerschke, s. S. 25

Demografischer Wandel und Rentensystem

26. bis 27. Juli 2019, Bad Boll

Leitung: Prof. Dr. Andrés Musacchio
Infos: Andrés Musacchio, s. S. 25

Sekretariate: Kontakte

Erika Beckert, Tel. 07164 79-211,
erika.beckert@ev-akademie-boll.de

Miriam Bender, Tel. 0711 351459-30
miriam.bender@ev-akademie-boll.de

Romona Böld, Tel. 07164 79-347,
romona.boeld@ev-akademie-boll.de

Cornelia Daferner, Tel. 07164 79-342
cornelia.daferner@ev-akademie-boll.de

Jacqueline Detzel, Tel. 07164 79-307
jacqueline.detzel@ev-akademie-boll.de

Eliane Bueno Dörfer, Tel. 0731 1538-571,
eliane.doerfer@ev-akademie-boll.de

Marion Heller, Tel. 07164 79-225,
marion.heller@ev-akademie-boll.de

Susanne Heinzmann, Tel. 07164 79-217,
susanne.heinzmann@ev-akademie-boll.de

Angie Hinz-Merkle, Tel. 07164 79-269
angie.hinz-merkle@ev-akademie-boll.de

Andrés Musacchio, Tel. 07164 79-288
andres.musacchio@ev-akademie-boll.de

Mona Keim, Tel. 07131 98233-11,
mona.keim@ev-akademie-boll.de

Silke Klostermann, Tel. 07164 79-206,
silke.klostermann@ev-akademie-boll.de

Conny Matscheko, Tel. 07164 79-232,
conny.matscheko@ev-akademie-boll.de

Petra Randecker, Tel. 07121 161771,
petra.randecker@ev-akademie-boll.de

Beate Schnabel, Te. 07164 79-229
beate.schnabel@ev-akademie-boll.de

Nicole Simnacher, Tel: 07164 79-229,
nicole.simnacher@ev-akademie-boll.de

Dorith Szillat-Poerschke, Tel. 0711 229363-261,
dorith.szillat-poerschke@ev-akademie-boll.de

Karin Walz, Tel. 07164 79-402,
karin.walz@ev-akademie-boll.de

Heidi Weiser, Tel. 07164 79-204,
heidi.weiser@ev-akademie-boll.de



Frühlings-Risotto mit Bärlauch

Für 4 Personen

4 Schalotten
25 g Butter
350 g Risottoreis
150 ml trockener Weißwein
700 ml heiße Gemüsebrühe (aus Extrakt)
1 Bund Bärlauch
150 g geriebener Parmesan (alternativ sind Pecorino
oder Gran Padano auch lecker)

Die Schalotten schälen und fein würfeln, in einer weiten Pfanne oder Topf die Butter zerlassen und die Schalotten darin glasig dünsten, den Risottoreis waschen, dann zugeben und kurz mit anschwitzen. Den Weißwein dazu gießen und einköcheln lassen. Unter Rühren nach und nach die Gemüsebrühe dazu geben. Das Risotto soll eine cremige Konsistenz erhalten. Den Bärlauch waschen und schneiden, mit 50 g von dem geriebenen Käse der Wahl und einem Teelöffel Butter unter den Risotto ziehen. Mit Salz und frischgemahltem Pfeffer abschmecken und servieren. Den übrigen geriebenen Käse dazu reichen.

Bei dieser Menge handelt es sich um ein Primo (Vorspeise). Als Hauptgericht muss mehr gerechnet werden. Zusätzlich kann der Risotto mit grünen Erbsen (frisch oder TK) angereichert werden.

Guten Appetit wünscht
Marianne Becker

Vergebungsbitte bei der Lesbentagung in Bad Boll Interview von Anne Kampf mit Prälatin Gabriele Arnold

Die Stuttgarter Prälatin Gabriele Arnold hat am 16. Dezember 2018 in Bad Boll lesbische Frauen um Vergebung gebeten. Sie war vom 14.-16. Dezember zu Gast bei der Lesbentagung. Anfangs mussten lesbische Frauen in der evangelischen Kirche um Akzeptanz kämpfen und trauten sich kaum an die Öffentlichkeit. Nach 33 Jahren hat sich die alljährliche Lesbentagung in Bad Boll fest etabliert. Am 16. Dezember überraschte Gabriele Arnold die Frauen mit einer Vergebungsbitte im Namen der württembergischen Kirchenleitung.

Anne Kampf: Bei der Lesbentagung in Bad Boll haben Sie am Sonntag im Gottesdienst um Vergebung gebeten. Wofür eigentlich genau? Ich habe um Vergebung gebeten dafür, dass Menschen aus dem LSBTTIQ*-Bereich – jetzt waren es ja speziell Lesben – in unserer Kirche sehr viel Leid und Unrecht erfahren haben. Sie sind diskriminiert worden. Sie konnten sich nicht zeigen und man hat ihre Liebe im Grunde schlecht gemacht oder mit Füßen getreten, würde ich sogar sagen. Etwas Schlimmeres, finde ich, kann eine Kirche nicht tun.

War das, was Sie gesagt haben, spontan oder geplant? Geplant, aber nicht schon vorher, sondern es ist entstanden aufgrund der vielen Gespräche, die ich Freitagabend und Samstag geführt habe. Dabei ist mir nochmal deutlich geworden, wie sehr die Frauen verletzt wurden durch die Kirche, durch den Zwang, sich nicht zeigen zu können. Außerdem ist mir auch nochmal deutlich geworden, dass ja die Tagung in Bad Boll viele Jahre sehr geheim oder auch umstritten war. Samstagabend ist bei mir der Entschluss gereift zu sagen: Wir müssen uns da als Kirche entschuldigen. Das ist ja jetzt auch nicht das erste Mal. Es gibt ja die »Gesichtspunkte im Blick auf die Situation homosexueller kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter« aus dem Jahr

2001, ein offizielles Dokument unserer Landeskirche, und darin heißt es schon, dass die württembergische Landeskirche anerkennt, dass sie an der Diskriminierung und Verfolgungsgeschichte homosexueller Menschen einen Schuldanteil zu übernehmen hat. Außerdem gab es auf der Synode im November 2017 den Vorschlag, dass der Landesbischof (Frank Otfried July, Anm.d.Red.) sich öffentlich bei Lesben und Schwulen entschuldigen soll. Der Bischof hat vor kurzem in einem Zeit-Interview gesagt, dass er das tun wird, wenn die Debatte abgeschlossen ist.

Sie haben Ihre Vergebungsbitte in Bad Boll vor dem Abendmahl ausgesprochen. Was hat sie damit zu tun? Also normalerweise, das hab ich ja auch am Sonntag im Gottesdienst gesagt, bitten vor dem Abendmahl die Gäste, die daran teilnehmen, Gott um Vergebung. An dieser Stelle, dachte ich, es ist notwendig, die andere Vergebungsbitte zu äußern, und zwar nicht so, dass Gott vergibt, sondern dass uns die Lesben vergeben.

Wie haben die Frauen reagiert? Ich hatte den Eindruck, dass die Frauen sehr emotional darauf reagiert haben, sehr berührt, sehr dankbar. Im Nachgang zu dem Gottesdienst sind einige Frauen zu mir gekommen, haben sich bedankt und mich in den Arm genommen. Sie haben gesagt, dass es ihnen einfach unglaublich gut tut, wenn mal gesagt wird, dass die Kirche auch schuldig geworden ist.

Würden Sie es verstehen, wenn manche nicht (oder jetzt noch nicht) vergeben können? Ja. Um Vergebung kann man immer nur bitten, Vergebung kann man nicht einfordern.

Denken Sie im Nachhinein, dass Ort und Zeitpunkt für so ein großes Wort passend waren? Das denke ich schon, denn es waren ja über hundert Frauen



Pfarrerinnen Gabriele Arnold ist Prälatin für den Sprengel Stuttgart und gehört der Kirchenleitung der Ev. Landeskirche in Württemberg an. Sie ist verheiratet und hat drei Söhne.

da, und zwar viele, die selber in ihrer Lebensgeschichte diese Verwundungen und diese Schmerzen erlebt haben. Insofern denke ich, dass es sehr passend war an dieser Stelle. Es war nicht im Rahmen einer Synode in die Öffentlichkeit hinein gesprochen, so wie unser Landesbischof das wohl bald tun wird, sondern es war sehr konkret für die betroffenen Frauen. Das heißt nicht, dass es geheim war, sondern schon als Wort, das wirklich Geltung haben soll.

Sie waren ja Schirmfrau des Stuttgarter CSD 2017 und haben sich also schon einen Namen gemacht als Unterstützerin von LSBTTIQ* (haben sich sozusagen »geoutet«). Jetzt haben Sie an der Bad Boller Lesbentagung teilgenommen, sind also richtig tief hineingegangen in einen Teil der Community. Warum ist Ihnen das wichtig? Es hat natürlich erstmal biografische Gründe, nämlich dass ich sehr gute, sehr tiefe und langjährige Freundschaften mit Lesben und Schwulen habe und dass ich auch selber immer in Kirchengemeinden LSBTTIQ* als Mitarbeitende hatte. Sie haben nicht verdeckt gelebt, sondern konnten in der Atmosphäre dieser Gemeinden, in denen ich gearbeitet habe, dazu stehen. Und es hat natürlich einen theologi-

schen Grund: Ich finde, dass jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung bis hin zu Verächtlichmachung mit dem Evangelium nicht vereinbar ist, dass da einfach eine rote Linie überschritten wird. Wenn in einer Kirche Menschen wegen ihrer Liebe verachtet oder ausgeschlossen werden, dann wird eine Kirche schuldig.

Gerade in Ihrer Landeskirche ist das ja ein Politikum. Bei der Synode 2017 ist eine Segnung für gleichgeschlechtlich liebende Menschen knapp gescheitert ... Unser Bischof hat seitdem wirklich unermüdlich versucht, nochmal mit den Gruppierungen in der Synode ins Gespräch zu gehen. Ich finde es ganz großartig, dass er sich da persönlich so einsetzt. Es ist ein modifizierter Kompromissvorschlag entstanden, der in die synodalen Ausschüsse verwiesen worden ist zur Beratung und der eventuell im Sommer der Synode noch einmal zur Entscheidung vorgelegt wird.

Rechnen Sie damit, dass das irgendwann »was wird« in Württemberg? Natürlich wird das irgendwann was in Württemberg, ich weiß nur noch nicht, wann. Aber wenn ich nicht damit rechnen würde, dann müsste ich mich ja nicht dafür einsetzen.

Sie haben ja auch als CSD-Schirmfrau 2017 einiges eingesteckt an Kommentaren, an Mails ... Wie halten Sie es aus, da so zwischen den Fronten zu stehen? Ich bin einfach zutiefst davon überzeugt, dass es wichtig ist, dass wir als Kirche hier weiterkommen. Und da ich leidenschaftlich in dieser Kirche lebe und arbeite, muss ich mich dafür einsetzen, dass das, was ich wichtig finde und was ich theologisch richtig finde, in unserer Kirche gelebt wird. Dann halte ich das halt aus.

Das Interview wurde am 19.12.2018 in evangelisch.de veröffentlicht

Tagung mit Angehörigen von Opfern von gewaltsam Verschwundenen in Mexiko

Mauricio Salazar, Studienleiter in Bad Boll, nahm im Oktober an einer Tagung mit Angehörigen von Verschwundenen in Mexiko teil. Thema war »Suche«. Ferner ging es um eine Stärkung der psychischen Verfassung und um Austausch mit Angehörigen aus anderen Regionen. Das Treffen wurde von der mexikanischen Organisation Serapaz organisiert und in Zusammenarbeit mit Brot für die Welt, Evangelischer Akademie Bad Boll und anderen Expert_innen koordiniert. Mexiko erlebt seit 2006 eine Menschenrechtskrise mit hohen Opferzahlen. Die Gewaltexzesse nahmen durch den sogenannten »Krieg gegen die Drogenmafia« zu, der vom damaligen Präsidenten Felipe Calderón ausgerufen worden war. 2018 waren 37.000 Menschen im offiziellen Register der Regierung für Opfer des Verschwindenlassens verzeichnet. Immer wieder werden neue Massengräber entdeckt. Die Angehörigen der Opfer sind immer auf der Suche nach ihren Verwandten und leiden massiv unter ihrem Schmerz. Die Familien benötigen psychosoziale Begleitung, um zu lernen, wie sie damit umgehen und wie sie sich für ihr Engagement stärken können. Seit 2011 unterstützt die mexikanische Organisation Serapaz gemeinsam mit Brot für die Welt diese Arbeit. Die Familien haben sich organisiert und machen auf die Verbrechen aufmerksam. In vielen Fällen sind Soldaten, Polizisten und Politiker daran beteiligt – die Straflosigkeit beträgt in Mexiko 98 Prozent. Die Forderung nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung ist eine große Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Die Angehörigen spielen hierbei eine besondere Rolle.

Neues Gesetz gegen Verschwindenlassen. Anschließend an das Treffen mit den Angehörigen gab es eine Diskussion zum Thema »Wahrheitskommission« unter Beteiligung von internationalen



Gruppenfoto von dem Workshop mit Angehörigen von Verschwundenen in Mexiko. Thema war »Suchstrategie« und Identifizierung von Überresten Verschwundener in Massengräbern.

Expert_innen und zahlreichen mexikanischen Menschenrechtsorganisationen. Die Angehörigen haben durch ihr Engagement ein Bundesgesetz gegen das Verschwindenlassen auf den Weg gebracht. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten Lopez Obrador, der am 1.12.2018 sein Amt angetreten hat, war ein Treffen mit den Angehörigen von Verschwundenen. Dies war ein wichtiger symbolischer Akt, dem nun Taten folgen müssen wie: Aufklärung der Fälle, Bestrafung der Täter und Wiedergutmachung, soweit dies möglich ist. Die aktive Beteiligung der Angehörigen an diesem Prozess und die Veränderung der militärischen Sicherheitsstrategie sind eine Voraussetzung für eine ernsthafte Veränderung. S.a. S. 8-10

Mauricio Salazar

Publikation

Karl Giebeler
Trainerhandbuch
Menschen stärken. Beziehung klären.
Organisationen gestalten
Edition LIWF, 2018

Das vorliegende Trainerhandbuch bietet eine Vielzahl an ganz konkreten und praktischen Ideen, Methoden, Modellen, Erfahrungen und Materialien. Sie sind alle erprobt und angewendet im Praxisalltag des Autors als Mitarbeiter der Akademie für Führung und Verant-

wortung (AFV) der Ev. Akademie Bad Boll, für die er als Trainer und Coach tätig war. Dabei stehen die drei wesentlichsten Aspekte jeder Führungskräfte- und Organisationsentwicklung im Mittelpunkt: die Menschen, die Beziehungen und die Organisationen als soziale Systeme. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es darauf ankommt, die Menschen selbst, in ihrer Rolle und Aufgabe und in ihrem Tun zu stärken; die Beziehungen auf allen Ebenen und zwischen allen Beteiligten dort zu klären, wo es notwendig ist und so eine Organisation als lebendiges System zu gestalten, damit sie erfolgreich sein kann. Im Schlussteil dieses Buchs wird ein Modell aus dem kommunalen Bereich vorgestellt. Der Prozess »In FÜHRUNG gehen! Wege einer gemeinsamen Führungskultur«. Dieses Praxismodell enthält alle Aspekte einer erfolgreichen Arbeit als Trainer und Coach auf die es ankommt und für die das vorliegende Handbuch eine Fülle an Materialien bietet.

Werner Spec, Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg zu dem Buch: »Heute braucht es geeignete Steuerungsinstrumente, aber noch wichtiger: einen kulturellen Wandel in der Arbeitswelt. Weg von Einzel- oder Ressortegoismen, hin zu einer konstruktiven Zusammenarbeit an gemeinsamen übergeordneten Zielen. Über 10 Jahre sind wir als Stadtverwaltung Ludwigsburg mit ganz wesentlicher Unterstützung von Karl Giebeler einen Weg der Führungskräfteentwicklung und des Coachings gegangen, der uns auf diesem Weg ganz entscheidend nach Vorne gebracht hat. Der Erfolg unserer nachhaltigen Stadtentwicklung auf den unterschiedlichsten Handlungsfeldern ist ganz wesentlich der Stärkung der zwischenmenschlichen Ebene und der Fähigkeit zur Veränderung und Kooperation in der Stadtverwaltung zurückzuführen. Karl Giebeler, weiser Theologe, Philosoph und bodenständiger, kluger Pädagoge gleichermaßen, hat uns dabei nicht nur kollektiv neue Horizonte eröffnet. Die beharrliche Zusammenarbeit mit ihm über viele

Jahre hinweg, hat auch die meisten von uns in ihrer persönlichen Entwicklung weitergebracht, mich eingeschlossen. Die Methodik von Karl Giebeler hat unsere wichtigste Ressource gestärkt: unser Humankapital.«

Onlinedokumente

zu **Thema Menschenrechte**, siehe: www.ev-akademie-boll.de/online-dokumente

14.-16. Oktober 2005
Geschäftsinteressen gegen Menschenrechte. Die mexikanische Gen-Maiskontroverse

Von Peter Clausing. Tagung: Mexiko: Genmais und Wasserprivatisierung

9.-11. Dezember 2005
Frieden und Sicherheit in Nah-Ost wird es ohne Schutz der Menschenrechte nicht geben

Von Christine Raiser-Süchting. Tagung: Zwei Völker – ein Recht

24. - 25. Mai 2006
Freiheit, Gleichheit und Solidarität in den Menschenrechten, Vortrag und Diskussion

Von Dr. Heiner Bielefeldt. Tagung: Märchen und Menschenrechte

13.-14. März 2009
Der Schutz vor Diskriminierung aus den Menschenrechten und dem Recht der EU

Von Dr. Nina Althoff, Tagung: Diversity – Chancengleichheit und Vielfalt

29. Juni 2009
Dokumentation der Tagung »Vielfalt und Inklusion«

Von Cordula Edler, Dr. Thilo Fitzner

1.-3. Juli 2016
17989 Days – Almost 50 Years of Occupation. Von der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem. Tagung: »Ist Frieden möglich? Zur Situation der Menschenrechte in Nahost«

Neu in der Akademie Marketing-Fachberaterin Johanna Haas



Seit 7. Januar 2019 ist Johanna Haas als Marketing-Fachberaterin in der Evangelischen Akademie tätig. In der neu geschaffenen Funktion kümmert sie sich um verschiedene Marketingbelange der Akademie. Dazu gehören Aktivitäten im Online- und Print Bereich sowie im Dachmarketing. Sie wird dafür eng mit den Studienleitern, der Presse-/ Öffentlichkeitsarbeit und der Direktion zusammenarbeiten. Johanna Haas studierte Internationale Betriebswirtschaft an der Hochschule Aalen mit den Schwerpunkten Internationales Marketing und Unternehmensberatung. 11 Jahre lang war sie bei einem Entwicklungspartner der Automobilindustrie für die Marketingaktivitäten des deutschen Marktes verantwortlich. Die letzten 2 Jahre widmete sich die gebürtige Tübingerin ihrer Familie und war nebenberuflich im Marketing tätig. Sie freut sich auf ihren beruflichen Wiedereinstieg und die vor ihr liegenden Aufgaben.

Verlosung



Zeitschrift der Vereinten Nationen, 6/18 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Hrsg. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)

Die Zeitschrift der Vereinten Nationen hatte in ihrer 6. Ausgabe im letzten Jahr den Schwerpunkt 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Der Leitende Redakteur hat ihr den Titel »Menschenrechte in der Defensive« gegeben. Darin finden Sie u. a. einen Rückblick und Perspektiven von Barbara Lochbihler, ein Interview mit Zeid Ra'ad Al-Hussein, dem ehemaligen Hochkommissar der VN für Menschenrechte, einen Bericht über die Inderin Hansa Mehta, die einst bei der Formulierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte mitformuliert hat und einen Kommentar von Ivan Šimonovic, Professor an der juristischen Fakultät der Universität Zagreb. Er war zuletzt Sonderberater des Generalsekretärs für die Schutzverantwortung.

Wir verlosen drei Zeitschriften. Machen Sie mit und schreiben Sie uns eine E-Mail. Wir sammeln bis 21. März. Dann entscheidet das Los und Sie werden benachrichtigt.

Mails, Postkarten oder Briefe an:

Redaktion SYM
Akademieweg 11, 73087 Bad Boll
martina.waiblinger@ev-akademie-boll.de

Unsere kostenfreie Angebote

- das Akademie-Magazin SYM
- das Halbjahresprogramm

Zu bestellen im Internet: www.ev-akademie-boll.de/bestellungen oder bei Reinhard Becker, Tel. 07164 79-305, reinhard.becker@ev-akademie-boll.de

Werden Sie Mitglied im Förderkreis der Akademie Bad Boll

Sie ermöglichen jungen und sozial weniger gut gestellten Interessenten die Teilnahme an Tagungen und unterstützen die Vergabe eines Akademiepreises. Wenn Sie eine bestimmte Tagung oder ein bestimmtes Projekt durch Ihre Spende unterstützen wollen, wenden Sie sich bitte an den Geschäftsführenden Direktor Prof. Dr. Jörg Hübner. Eine Spende ist i. S. d. § 10 b Einkommenssteuergesetz als Zuwendung zur Förderung kirchlicher Zwecke steuerlich abzugsfähig. Wir senden Ihnen eine Zuwendungsbestätigung, bitte geben Sie Ihre Anschrift bei der Überweisung an.

Bitte überweisen Sie Ihre Spende an die Evangelische Akademie Bad Boll, IBAN: DE68 6105 0000 0000 0679 33, BIC: GOPSDE6GXXX, Kreissparkasse Göppingen

***Information zum Datenschutz für die Verlosung und für das SYM Abo:** Es werden keine Daten an Dritte weitergegeben. Ein Widerruf kann jederzeit an folgender Adresse vorgenommen werden: Adressverwaltung, Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, bzw. adressmanagement@ev-akademie-boll.de **Verlosung:** Wenn Sie bei der Verlosung teilnehmen, werden wir die uns zur Verfügung gestellten Daten ausschließlich für den Zwecke der Verlosung verwenden und maximal ein Jahr aufbewahren. Danach werden die Daten gelöscht. **SYM-Abo:** Ihre Daten werden gespeichert, um SYM regelmäßig an Sie versenden zu können.

Impressum

SYM – Magazin der Evangelischen Akademie Bad Boll
16. Jahrgang, Heft 1/2019
ISSN: 1613-3714

Herausgeber:
Evangelische Akademie Bad Boll
(Dr. Jörg Hübner)

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Martina Waiblinger

Redaktion:
Martina Waiblinger

Fotonachweise:
S. 4: Giacinto Carlucci; S. 5: Martina Waiblinger; S. 8: Mauricio Salazar; S. 9: picture alliance / NurPhoto / Cris Faga; S. 9 kl: Joachim E. Röttgers; S. 10: privat; S. 11: picture alliance / Photoshot; S. 11: World Future Council; S. 12: Picture Alliance/Christoph Mohr; S. 13: privat; S. 15: Picture alliance/dpa/Kostas Tsironis; S. 15 kl: c Rücker; S. 16/17: AEU/Lukas Kellner; S. 17 kl: privat; S. 18: Picture alliance / Photoshot; S. 19: Jörn Wolter; S. 20: Robert Deiß; S. 21: Novak/

Fotolia; S. 21: Kathrin Zeiske; S. 23: Andrés Musacchio; S. 25: Fotolia / Jerome Romme; S. 26: Gottfried Stoppel; S. 27: Mauricio Salazar; S. 28: Park-Studio; S. 30: arge/lola Stuttgart; S. 31: Martina Waiblinger

Anschrift des Herausgebers:
Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, 73087 Bad Boll
Tel. (07164) 79-0
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Redaktion: martina.waiblinger@ev-akademie-boll.de
Tel. (07164) 79-302
www.ev-akademie-boll.de

Das Papier wurde chlorfrei und säurefrei gebleicht.

Druckerei: Mediendesign Späth GmbH,
73102 Birenbach

Konzeption & Layout:
Werbeatelier Uli Waiblinger, 72070 Tübingen

Die Verteidigung der Menschenrechte: international denken – lokal handeln



Dr. Christiane Schulz hat über Zivilgesellschaft und Menschenrechte promoviert. Die letzten Jahre hat sie intensiv zum Thema gewaltsames Verschwindenlassen gearbeitet. Ihr regionaler Schwerpunkt ist Lateinamerika.

Von Dr. Christiane Schulz

Regierungen verabschieden repressive Gesetzgebungen, diffamieren Menschenrechtsverteidiger, Journalisten oder soziale Aktivisten öffentlich und stellen willkürliche Haftbefehle aus. Der Staat schränkt damit den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum ein und gefährdet das Leben sowie die körperliche Unversehrtheit der sozialen Akteure. In Folge der Kriminalisierung steigen Gewalt und systematische Repression. Das Netzwerk CIVICUS hat diese Tendenz weltweit in 111 Ländern registriert, auch in Ländern, die bislang als konsolidierte Demokratien galten.¹

70 Jahre nach Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bleibt die Teilhabe aller Menschen an sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen die zentrale Herausforderung in der Ausgestaltung unserer Gesellschaft. Menschenrechtsverteidiger, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Bauernverbände, zivilgesellschaftliche Akteure setzen sich fortwährend für diese Teilhaberechte ein. Sie bekämpfen soziale Ungleichheit und strukturelle Unrechtstrukturen.

Extreme Ungleichheit schließt Millionen Menschen von Bildung, Gesundheitsversorgung und gesellschaftlicher Teilhabe aus. Die entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisation Oxfam hat berechnet, dass die acht reichsten Milliardäre – alles Männer – im Jahr 2016 mehr Vermögen besaßen, als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die Konzentration von Reichtum in den Händen weniger Menschen ist eine weltweite Tendenz. Auch reiche Länder sind von sozialer Ungleichheit betroffen. In Deutschland besitzen 36 Milliardäre mit 297 Milliarden US-Dollar so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung.² Die Überwindung der strukturellen Benachteiligungen ist eine menschenrechtliche Verpflichtung.

Auch global agierende Wirtschaftsunternehmen sind zu menschenrechtskonformem Handeln verpflichtet. Sie sind wichtige Akteure der Globalisierung und verfügen zum Teil über erhebliche ökonomische und politische Macht. Die Leitlinien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte bieten Konzernen einen Orientierungsrahmen zur Beachtung menschenrechtlicher Standards - auch dann, wenn vor Ort die staatlichen Strukturen zu schwach oder die Regierungen nicht willens sind, die Menschenrechte durchzusetzen. Gewerkschaften ebenso wie entwicklungspolitische und Menschenrechtsorganisationen fordern in Deutschland die Umsetzung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Dazu zählt beispielsweise die Einsetzung von Beschwerdemechanismen mit Menschenrechtskriterien ebenso wie der Zugang zu effektiven Rechtsmitteln.

In unserer globalisierten Welt sind Menschenrechtsfragen mit einer internationalen Perspektive zu betrachten. Die Menschenrechte stellen dabei nicht nur universelle Standards des gesellschaftlichen Zusammenlebens als ein Versprechen für die Zukunft auf, sondern sie bieten auch Ansätze, wie die gesellschaftlichen Transformationsprozesse gestaltet werden können.

¹ CIVICUS (2018): People Power under Attack, abrufbar unter: <https://www.civicus.org/documents/PeoplePowerUnderAttack.Report.27November.pdf>.

² Oxfam (2016): An Economy for the 1%. Oxfam Briefing Paper, 18 January 2016. URL: https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-en_o.pdf; Zugriff 14.09.2017.

Oxfam (2017): An Economy for the 99%. Oxfam Briefing Paper, January 2017. URL: https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/file_attachments/bp-economy-for-99-percent-160117-en.pdf; Zugriff 14.09.2017.

Kinder haben Rechte



Von Martina Waiblinger

Beirut, Strandpromenade ganz in der Nähe des Wahrzeichens der Stadt – den Taubenfelsen im Meer. Hier promenieren Touristen und Einheimische, der Blick auf das Mittelmeer ist bombastisch, Cafés säumen die Promenade. Ein kleiner Junge kommt aus dem Gestrüpp heraus – er haut mit einem Stock auf den Boden und trägt im Arm eine Blumenvase mit frischen Rosen, die er jetzt verkaufen muss. Ich gebe ihm Geld und mache ein paar Fotos. An diese Szene erinnere ich mich, als ich den Film Capernaum anschau. Er spielt in Beirut, in den Slums, in denen viele syrische Flüchtlinge und Illegale leben, die Tag und Nacht damit beschäftigt sind, zu überleben. In der Rahmenhandlung steht der zwölfjährige Zain vor Gericht: Er klagt seine Eltern an, die ihn auf die Welt gebracht haben, ihm aber kein lebenswertes Leben bieten. Er muss jeden Tag arbeiten, den Schulbesuch verbietet der Vater, obwohl Zain dafür nachmittags und abends arbeiten würde. Als die Eltern seine geliebte 11-jährige Schwester an einen Mann verkaufen, haut Zain ab. Er landet bei Rahil, einem illegal in einer Bretterbude lebenden äthiopischen Hausmädchen, das ihm Unterkunft bietet. Er kümmert sich dafür um ihr einjähriges Kind. Es gibt viel Trostlosigkeit in diesem Film, aber nicht nur. Auf alle Fälle ist der ganze Film eine Anklage an die Gesellschaft, die es zulässt, dass Kinder verkauft werden, geschlagen werden, verheiratet werden, hungern müssen, die Schule nicht besuchen können, keine Chancen bekommen. Zain ist außerdem kein Schauspieler – der Junge spielt im Film das Leben, das er hatte. Über die Vereinten Nationen konnte er mit seiner Familie nach Norwegen auswandern, wo er nun die Schule besucht. Der Junge mit den Rosen wird wahrscheinlich noch in der Bretterunterkunft am Strand leben und Rosen verkaufen.

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen wurden festgeschrieben in der UN-Kinderrechtskonvention, die am

20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und inzwischen von den meisten Staaten der Erde ratifiziert worden ist. Sie soll Kindern im Besonderen Schutz bieten – mit bestimmten Schutzrechten, dem Vorrang des Kindeswohls, dem Recht auf Leben und Entwicklung und der Berücksichtigung der Meinung von Kindern. In vielen Ländern werden diese Rechte nicht durchgesetzt. Wir haben das Glück in einem Land zu leben, in dem Kinder und Erwachsene im Allgemeinen nicht um ihre Menschenrechte kämpfen müssen. Wir genießen das Recht auf Leben und Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Recht auf Familie, auf Eigentum, auf Gedankenfreiheit und Meinungsfreiheit, auf Arbeit, Bildung und vieles andere. Wir haben diese Freiheiten, Kinder können sich geschützt und frei entwickeln. Das ist ein Segen. Leider gibt es aber auch in Deutschland traurige Fälle von Verwahrlosung und Gewalt gegen Kinder.

Aber wir kaufen auch Kleidung, die von Menschen hergestellt werden, denen – auch von deutschen Firmen – die Menschenrechte verweigert werden; wir essen billiges Obst, das von Illegalen in Spanien und Italien geerntet wird, denen die Menschenrechte verweigert werden. Und unser Land kooperiert mit Diktaturen und liefert Waffen, die eingesetzt werden, um anderen Menschen, auch Kindern, die Menschenrechte zu verweigern. Deshalb müssen wir uns auch in Deutschland immer und immer wieder dafür einsetzen, dass Kinder- und Menschenrechte hier und überall auf der Welt eingehalten werden. Die Anerkennung der Menschenrechte und Menschenwürde durch viele Länder dieser Erde ist eine unwahrscheinlich große Errungenschaft, um die wir kämpfen müssen. Um unserer Willen und für die vielen anderen, die nicht so ein großes Glück haben wie wir.





Klimawandel in Indien
In Indien verursacht der Klimawandel landesweit verlängerte Sommer und unvorhersehbare Niederschläge. Darunter leiden insbesondere Minderheiten wie Dalits und Adivasi. Adivasi zählen knapp 100 Millionen Angehörige, Dalits über 201 Millionen. Beide Gruppen stehen gesellschaftlich am Rand und verfügen grundsätzlich über geringe Ressourcen. Dalits sind häufig die größten Leidtragenden bei Katastrophen und werden bei der Versorgung mit Nothilfe kaum berücksichtigt. Sie wohnen oft in unsicheren, niedrig gelegenen Gebieten in der Nähe von Kanälen oder Flüssen. Fotos: Pandiyann Innasimuthu, Social Awareness Society for Youths (SASY). Pandiyann Innasimuthu war Referent bei der Tagung »Die Auswirkungen des Klimawandels in Indien«, vom 5.-7.10.2018 in Bad Boll.

